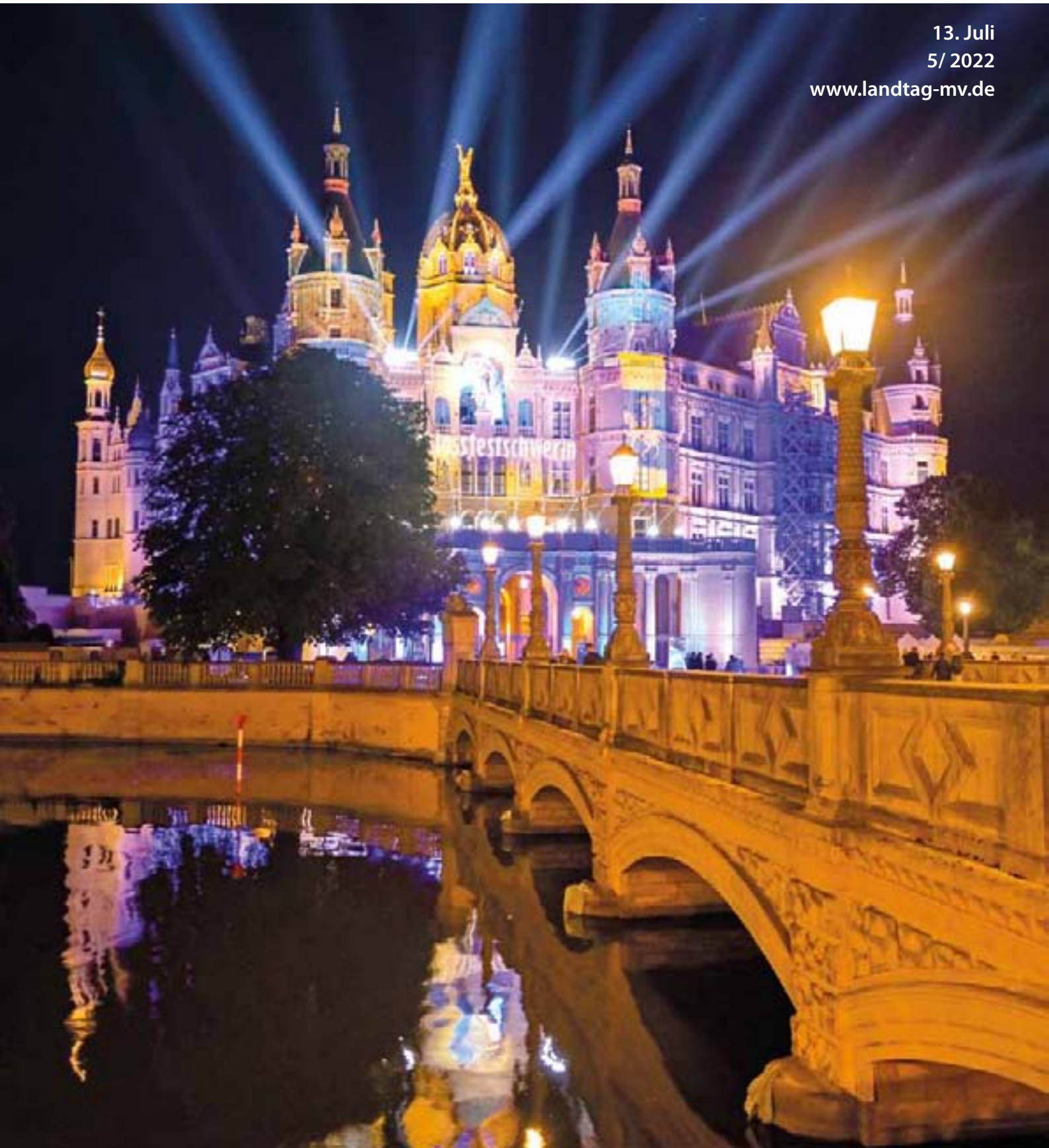


13. Juli

5/ 2022

www.landtag-mv.de



+++ Klimastiftung – Landtag setzt Untersuchungsausschuss ein +++ Bessere Ausstattung des Denkmalschutzes +++
Start-up-Land MV entfesseln +++ Strengere Regel bei Seitenwechsel +++ Wolfsmanagement in MV +++
Rettung für den Dorfkrug +++ Umweltpreis – Bewerbungsfrist startet +++ Termine „AufgeSCHLOSSen“ +++



Titelfoto: Uwe Sinnecker

3 - 21	AUS DEM PLENUM	
3	Aktuelle Stunde	„Bezahlbare Mobilität, bezahlbare Energie, sichere Versorgung: Kurzfristige Unterstützung und langfristige Perspektiven“ (auf Antrag der Fraktion der SPD)
4 - 11	Auszüge aus der Originaldebatte	Julian Barlen (SPD), Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Martin Schmidt (AfD), Daniel Peters (CDU), Jeannine Rösler (DIE LINKE), Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), David Wulff (FDP)
12	Parlamentarischen Untersuchungsausschuss	Klimastiftung – Landtag setzt Untersuchungsausschuss ein
13 - 21	Auszüge aus der Originaldebatte	Thomas Krüger (SPD), Michael Meister (AfD), Sebastian Ehlers (CDU), Michael Noetzel (DIE LINKE), Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), René Domke (FDP)
22 - 27	Berichte	Bessere Ausstattung des Denkmalschutzes Start-up-Land MV entfesseln Kontroverse um Klimastiftung MV
27 - 29	Meldungen	Strengere Regel bei Seitenwechsel Wolfsmanagement in MV Priorität für Pädiatrie Landespersonalbericht für strategische Planung Rettung für den Dorfkrug
30	Gesetzgebung	
31 - 33	Aus den Ausschüssen	Innenausschuss besucht Erfassungsstelle für ukrainische Flüchtlinge PUA Uni-Medizin konstituiert PUA Stiftung Klima- und Umweltschutz konstituiert
34 - 35	Panorama	Umweltpreis – Bewerbungsfrist startet Termine „AufgeSCHLOSSen“
36	Chronik	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Anna-Maria Leistner
 Referatsleiter: Julien Radloff

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen ist stellenweise nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.
 Redaktionsschluss: 10.06.2022



Foto: Uwe Sinnecker

Aktuelle Stunde zu Mobilität, Energie, Versorgung

Energieunabhängigkeit und Versorgungssicherheit durch den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien

■ Auf Antrag der Fraktion der SPD begann die 22. Sitzung des Landtages am 18. Mai 2022 mit einer Aktuellen Stunde, um die drei drängenden und eng miteinander verflochtenen Themen Mobilität, Energie, Versorgung zu erörtern.

Die Diskussion sollte aufzeigen, welche sofortige Unterstützung den Bürgern in der derzeitigen Krisensituation zukäme. Daneben würden auch mittelfristige Perspektiven angestrebt, damit das Leben für die Bürger bezahlbar bliebe.

Konsens herrschte weitestgehend darüber, dass die einkommensschwachen Bürger am stärksten von der hohen Inflation betroffen seien und nicht alle Maßnahmen für jeden Bürger Erleichterung brächten. Die Lösungsvorschläge der Regierungsparteien unterschieden sich naturgemäß von denen der Opposition.

Hingegen erkannten alle Fraktionen, dass für die Mobilität das ÖPNV-Angebot stimmen müsse, sonst stiegen die Pendler in einem Flächenland wie MV trotz der hohen Kraftstoffpreise wieder auf das Auto um. Genauso deut-

lich wurde herausgearbeitet, dass Energie die Basis für eine bezahlbare Mobilität und kostengünstige Produktion sei.

Daher sei der Ausbau der Erneuerbaren Energien der richtige Weg für eine klimafreundliche, unabhängige und nachhaltige Energieversorgung.

„Es geht uns um nicht weniger als einen sozialen, einen sicheren Übergang in eine komplett saubere Zukunft“, formulierte der Fraktionsvorsitzende, **Julian Barlen** (SPD).

Dieser Weg, jedoch, sei noch ein langer. Darum gebe es auf kurze Sicht eine Verbesserung der Pendlerpauschale, Entlastungspakete, Mobilitätstickets, Fördermöglichkeiten für Solarenergie und Modernisierung.

Ministerpräsidentin, **Manuela Schwesig** (SPD) erklärte: „Es bleibt dabei, wir haben uns vorgenommen, bis 2035 rechnerisch den gesamten Energiebedarf des Landes aus eigener Kraft, aus erneuerbaren Energien zu decken: Nicht nur Strom, sondern auch für Wärme und Verkehr.“ Die Ministerpräsidentin be-

tonte mit Nachdruck, dass es nicht sein kann, „dass ganz Deutschland vom grünen Strom aus MV profitiert, während die Menschen hier bei uns im Land die höchsten Strompreise zahlen“. In naher Zukunft müssten LNG-Terminals nach MV kommen, die auf lange Frist auch für Wasserstoff nutzbar seien.

Martin Schmidt (AfD) sah die Entlastungspakete kritisch, denn am Ende bezahle der Bürger das mit seinen Steuern. Seine Vorschläge seien darum: „Steuern senken, Mehrwertsteuer herunter, CO₂-Abgabe aussetzen, Energiesteuer herunter“ – dann spare auch der Bürger.

Auch **Daniel Peters** (CDU) waren die Aktivitäten der Koalition „einfach zu wenig“. Er appellierte an die Landesregierung, in den Bemühungen für LNG-Terminals in MV nicht nachzulassen. Gegen Inflation könne helfen, „Planungs- und Genehmigungsverfahren [zu] beschleunigen, Handelsschranken endlich ab[zur]bauen“.

Die Fraktionsvorsitzende, **Jeannine Röser** (DIE LINKE) erwarte, „dass der Bund den Osten tatsächlich so unterstützt, wie es erforderlich ist“. Der Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen ist unvermeidlich, aber dabei dürfen keine sozialen Verwerfungen zugelassen werden.

Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) unterstrich die Notwendigkeit von Konsequenzen in der Krisenbewältigung. Dies diene auch der Eindämmung der Klimakrise „Wir brauchen

strukturelle Anpassungen – weg von Fossil hin zu Erneuerbarer.“ Nach ihrer Ansicht hätte das alles schon früher passieren können.

David Wulff (FDP) machte die Inflation, als „das ganz große Gespenst“ aus. Auch wenn es für die Wettbewerbsfähigkeit einst gut war, Lohnkosten zu drücken, seien Anpassungen versäumt worden. Mit vernünftigen Wettbewerbsbedingungen hätte auch der Einstieg in die alternativen Energien „deut-

lich schneller und besser funktionieren können.“

Am Schluss der Aktuellen Stunde stellte Wirtschaftsminister Reinhard Meyer richtig, dass sich die Landesregierung vehement für LNG-Terminal-Standorte im Land eingesetzt habe. Er kritisierte, dass „dieses grün geführte Bundeswirtschaftsministerium [...] sehr Westlastig sei [...] da müssen wir gegen halten“.

■ Julian Barlen, SPD:

„Günstige, bezahlbare Mobilität, die dann mit einer CO₂-neutralen Flotte das ganze Land auf die Räder bringt.“

Foto: Uwe Simmecker



[...]

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

[...] bezahlbare Mobilität, bezahlbare Energie und [...] die Sicherstellung der Versorgung – dafür kurzfristig Unterstützung zu bieten, dafür langfristige Perspektiven hier im Land zu entwickeln, da gibt es in unseren Augen, außer dem schlimmen Krieg gegen die Menschen in der Ukraine selber, ja wohl kein Thema, das aktueller ist, das drängender ist, das mit mehr Fragen, mit mehr Sorgen der Bürgerinnen und Bürger behaftet ist als der innige Wunsch, dass der Weg zur eigenen Arbeit, dass Strom, dass heißes Wasser in der Wohnung für die Menschen nicht zu einer immer größeren finanziellen Belastung werden darf, mehr noch die Sorge, dass die Knappheit von Energie insgesamt in unserem Land Arbeitsplätze kostet und Unternehmen gefährdet.

[...] die Sanktionen gegen Russland sind absolut notwendig, sie sind angesichts dieser Gräueltaten alternativlos. Die Folgen dieser grauenhaften Entwicklung spüren wir alle: humanitär, sicherheitspolitisch, aber eben auch energiepolitisch. Und hier [...] sind wir als Politik in Mecklenburg-Vorpommern, generell in Deutschland, in den Bundesländern in der Pflicht, jetzt Abhilfe zu schaffen, Preisanstiege zu dämpfen, die Versorgung auch mit fossilen Brennstoffen sicherzustellen. [...] wir sind gleichermaßen in der Pflicht, ganz generell eine nachhaltige, eine jederzeit sichere Versorgung [...] in Zukunft eben durch die erneuerbaren Energien zu gewährleisten.

Und diese grundlegende Aufgabe [...] stellt sich mit Blick auf die Endlichkeit der Ressourcen dieses Planeten – [...] mit Blick auch auf den Klimawandel schon lange, nicht erst seit dem Krieg, wird aber durch diesen mörderischen Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine und der damit verbundenen Versorgungsunsicherheit und [...] nochmals drastischen Preissprünge deutlich drängender, virulenter, aktueller.

[...] weil das so ist, wollen wir in Mecklenburg-Vorpommern komplett energieautark werden mit Erneuerbaren, wollen dem Klimawandel Einhalt gebieten und wollen aber gleichzeitig [...] die Bezahlbarkeit [...] und auch [...] Verfügbarkeit sichern. [...]. Es geht uns um [...] einen sozialen, einen sicheren Übergang in eine komplett saubere Zukunft, ein Leben und Wirtschaften in Mecklenburg-Vorpommern, und das übrigens schon [...] lange vor dem Ukraine-Krieg, wo wir uns hier in diesem Hause, aber auch als Fraktion, als SPD klar bekannt haben, dass wir gemeinsam aus der Kohle, [...] der Atomkraft aussteigen und dass wir bis 2035 sämtliche Energie aus erneuerbaren Quellen beziehen wollen und für die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit im Übergang aber eben dieses Gas als Gewährsträger für soziale ökologische Wandelprozesse brauchen, die dann aber eben auch bezahlbar bleiben. Und das [...] war [...] die Debatte rund um die Vollendung der Pipeline.

[...] mit der Pipeline, das ist seit Putins Angriff richtigerweise Geschichte, aber an dieser Grundlogik, an der Grundherausforderung hat sich [...] nichts geändert, außer, dass zwischenzeitlich offensichtlich Menschen zu Einsichten ge-

langt sind, beispielsweise ein grüner Wirtschaftsminister im Bund, der pragmatisch klargestellt hat, dass es offensichtlich [...] einen Energiebedarf im Übergang gibt und dass wir beispielsweise Gas aus Katar benötigen oder dass wir LNG aus Übersee [...] dringend brauchen. Und bei diesem Stichwort „Versorgungssicherheit“, [...] um für die Menschen Sicherheit zu bieten und auch die Preissteigerungen zu dämpfen, [...] sind wir im Osten [...] angesichts von drohenden Embargos, von Verknappungen in einer besonderen Situation und können [...] und müssen als Mecklenburg-Vorpommern – [...] wieder mal – konkret helfen und zur Versorgung nicht nur unseres Bundeslandes [...], sondern [...] in Ostdeutschland, in Deutschland insgesamt einen Beitrag leisten.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...] Stichwort „Gasnetz“ – [...] es gibt einige Leitungen, die zwischen den alten und den neuen Bundesländern verlaufen, aber Gasleitungen [...] sind in der Regel als Einbahnstraße gebaut. Nur wenige Leitungen speisen in beide Richtungen oder auch in Richtung Osten, und im Embargofall wären das zu wenige. Darum ist es wichtig [...], dass die Landesregierung, dass unsere Ministerpräsidentin, dass der Wirtschaftsminister Druck machen für LNG-Terminals in Rostock und in Lubmin. Das wird [...] Versorgung sichern, [...] der gesamten neuen Länder und gleichzeitig übrigens auch eine Infrastruktur in Richtung unserer Zukunft der Wasserstoffwirtschaft entwickeln [...].

Stichwort „Raffinerie PCK in Schwedt“: Sie ist vital für die Kraftstoffversorgung in Mecklenburg-Vorpommern, in Brandenburg, in Berlin, im Osten. [...] Woher kommt das Öl, wenn nicht aus den Leitungen aus Russland wie bisher? Auch hier [...] bietet beispielsweise der Ölhafen in Rostock gegebenenfalls Optionen.

[...] angesichts der stark steigenden Preise ist soziale Verantwortung für die Menschen gefragt [...]. Wir können als Politik die eigentlichen Energiepreise nur sehr marginal langfristig beeinflussen. Umso wichtiger ist beispielsweise unsere klare Haltung [...] für die Verbesserung der Pendlerpauschale [...]. Das sind die Entlastungspakete, die wir in Mecklenburg-Vorpommern mit großem Aufwand mittragen [...]: 300 Euro Energiegeld, Kinderbonus, temporär abgesenkte Steuer auf Kraftstoffe.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Hinzu kommen direkte Fördermöglichkeiten für [...] kleine Solaranlagen, für die Modernisierung von Heizungen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wir leisten [...] rund eine viertel Milliarde Euro Landesgeld.

*Abgeordnete der Fraktionen DIE LINKE und SPD
Foto: Uwe Sinnecker*

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und auch Azubi-Ticket, Seniorenticket, Rufbussystem: [...] günstige, bezahlbare Mobilität, die dann mit einer CO₂-neutralen Flotte das ganze Land auf die Räder bringt.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Das sind zukunftsweisende Projekte, für die wir klar stehen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...] Wir streben nach einer solchen nachhaltigen Energieversorgung, die uns unabhängig macht, klimaneutral, autark. Das ist gut für die Umwelt, für die Preisstabilität, für den Geldbeutel der Menschen und für die Wirtschaft und die Innovation hier im Land [...].

[...] diese Aufgabe, aktuell Verantwortung zu tragen, das schaffen wir nur alle gemeinsam. Einige im Bund haben schon gezeigt, dass sie pragmatisch sind, dass sie Ideologie gegen Verantwortung tauschen und über ihren Schatten springen.

*(Heiterkeit und Zuruf von
Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Bei einigen anderen warten wir noch darauf. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*



■ Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:

„Die einzige Chance, Klimaschutz, Energiewende und auch Unabhängigkeit [...] zu erreichen, sind die erneuerbaren Energien“

Foto: Uwe Sinnecker



[...] Wir haben uns auch in dieser Landesregierung, in dieser MV-Koalition vorgenommen, bis 2035 rechnerisch den gesamten Energiebedarf des Landes aus eigener Kraft aus erneuerbaren Energien zu decken – nicht nur Strom, sondern auch Wärme und Verkehr.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Rechnerisch!)*

Und neben dem Strom ist gerade die Herausforderung bei Wärme stabile Versorgung, und auch bei Verkehr sind alternative mobile Modelle eine große Herausforderung. Man kann aber sagen, es liegt in unserer Natur: Wir haben Sonne, wir haben Wind, und deswegen haben wir die Voraussetzungen für das Thema „erneuerbare Energien“, aber dazu braucht es auch für die Beschleunigung politische Entscheidungen. Energiepolitik ist für uns Klimaschutz- und Industriepolitik zugleich – für saubere Energie, für gute Arbeitsplätze und für mehr Wertschöpfung im Land. Und gerade beim Thema „erneuerbare Energien“ kann man ganz eindeutig sehen, wirtschaftliche Stärke, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung gehören zusammen, gehen zusammen und nicht gegeneinander.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...] Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die einzige Chance, Klimaschutz, Energiewende und auch Unabhängigkeit bei dem Thema Energieversorgung zu erreichen, sind die erneuerbaren Energien. Alle anderen Modelle, gerade die fossilen Modelle, bringen für den Klimaschutz Pro-

bleme, bringen bei der Bezahlung Probleme und bringen auch politisch Probleme. Deswegen muss es das Thema sein, die erneuerbaren Energien viel schneller voranzubringen. Und wir haben gerade den Protest der IG Metall hier vorm Schloss erlebt, dass sie mehr Perspektiven für die Werftenstandorte wollen. Und deswegen will ich hier auch ganz klar sagen, wenn die Bundesregierung schneller beim Thema Erneuerbare vorankommen möchte, und das muss sie, ist es wichtig, dass wir die Stoppschilder, die wir in der letzten Legislatur hatten, gegen die sich die norddeutschen MPs mehrfach gewehrt haben mit Initiativen, Offshore-deckel, aber auch bessere Finanzierungsmöglichkeiten für Offshoreplattformen, das muss vorangebracht werden. Die größte Windkraft ist bei uns vor der Küste, an der Ostsee, auf der Ostsee, und deshalb muss es auch Finanzierungsmodelle des Bundes geben, wie wir mit unserer Industrie vor Ort Offshoreplattformen, Konverterplattformen schneller produzieren können und hier vorankommen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...] Und dazu kommen Wasserstoff, neue Speichertechnologien, neue Antriebe, grüne Gewerbegebiete. In unserem Industriekonzept für mehr Industrie in M-V spielen diese Dinge eine Schlüsselrolle. Zusammen mit den anderen norddeutschen Ländern haben wir uns bereits 2019 auf eine Norddeutsche Wasserstoffstrategie verständigt. Wir wollen gemeinsam unsere Standortvorteile für die Produktion von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien nutzen. Das ist eine wichtige Zukunftsperspektive. Und ich bin sehr froh, dass wir in unserem Doppelhaushalt das Thema Wasserstoff mit 100 Millionen Euro zukünftig stärker fördern wollen. Das ist ein wichtiger Schwerpunkt im Haushalt und in der Politik [...]

Wichtig ist auch, dass Bundesregierung und Landesregierung Maßnahmen ergriffen haben, Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen von den steigenden Energiepreisen zu entlasten. Der Arbeitnehmerpauschbetrag steigt um 200 Euro, davon profitiert die Hälfte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Alle einkommensteuerverpflichtigen Erwerbstätigen bekommen eine Energiepauschale von 300 Euro. Außerdem wird die Steuer auf Kraftstoffe für drei Monate gesenkt. Familien profitieren vor allem vom Kinderbonus. Wir finanzieren Teile der Entlastung des Bundes aus unserem Landeshaushalt mit und wir werden ein eigenes, unbürokratisches Förderprogramm für private Haushalte auflegen für Fotovoltaikanlagen und die Umrüstung von Öl- und Gasheizungen. Und ich habe mich sehr gefreut, dass der Bundesenergieminister auch gestern angekündigt hat, dass auch der Bund ein solches Programm vor allem für Öl- und Gasheizungen machen will.

■ Martin Schmidt, AfD:

„Was sich hier anbahnt, ist eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe.“

Foto: Uwe Sinnacker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Liebe Bürger von Mecklenburg-Vorpommern! Vielleicht kennen Sie den Film „Der Dummschwätzer“.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

In dem amerikanischen Spielfilm mit Jim Carrey geht es darum, dass ein notorischer Lügner [...] dazu verdonnert wird, nur noch die Wahrheit zu erzählen. Und manchmal wünsche ich mir, dass hier in diesem Hohen Haus auch so ein Wunder geschehe, denn dann,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

denn dann würde der Titel der heutigen Aussprache lauten: Unbezahlbare Mobilität, unbezahlbare Energie, unsichere Versorgung, lächerliche Unterstützung und langfristig kein Plan.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Und
keine Ahnung, wie es weitergeht, genau.)*

Die Ampel in Berlin und Rot-Rot hier in Schwerin verabschieden ein Entlastungspaket nach dem anderen: ein Osterpaket, ein 9-Punkte-Paket, ein 8-Punkte-Paket folgt hier auch. Bei den ganzen Paketen, die hier beschlossen werden, kann man schon fast der DHL Konkurrenz machen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Aber schön und gut, worüber hier keiner redet, das ist nämlich das entscheidende Paket, das ist das große Belastungspaket von Bund und Land, das sind die Steuern, das sind die Schulden, das sind die Sanktionen.

[...] die Schockzahlen zur Horroringflation gehen durch die Presse. Bei beinahe acht Prozent in nur fast einem Jahr stehen wir jetzt. Und die gefühlten und echten Preissteigerungen für die Waren des täglichen Bedarfs, für Energie und Benzin, die dürften locker das Doppelte einnehmen.

[...] Was sich hier anbahnt, ist eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] Wir halten fest: keine sichere Versorgung.

Sie versprechen bezahlbare Mobilität. Das 3-Monats-9-Euro-Ticket, der ÖPNV-Golem wurde hier schon angesprochen, [...] Wie soll das finanziert werden? [...] Und warum nur für drei Monate? Was passiert danach?

[...] Drittes Versprechen – bezahlbare Energie. [...]

Schauen Sie einfach nur mal auf die Seite der Stadtwerke Schwerin: mittlerweile citystrom classic, Verbrauch 4.000 Kilowattstunden im Jahr, Grundpreis 124,95 Euro im Jahr, Arbeitspreis 54,67 Cent die Kilowattstunde mittlerweile. Das ist im Vergleich zum Durchschnitt im Bund 2019 fast eine Verdopplung!

[...] Und wie soll das jetzt helfen, also jetzt, heute, [...]? Deutschland wollte Vorreiter in Sachen Energiewende werden und hat maximale Kosten bei minimalem Ertrag.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und die zu Recht viel gescholtene EEG-Umlage fällt zur Mitte dieses Jahres. Die Bundesregierung feiert das als großen Erfolg, aber wir wissen es doch alle: Vor nicht allzu langer Zeit wurde die CO₂-Bepreisung eingeführt [...] Von solch einer Fake-Entlastung halten wir von der AfD-Fraktion nichts.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...]

Also – und da sprechen unsere Bundespolitiker davon – aus Öl, aus Gas, aus Holz, aus allem Möglichen will man aussteigen. Also ich frage Sie wirklich ernsthaft: Wo leben wir hier?! Mit was wollen Sie heizen?

*(Heiterkeit bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Die wollen mit freier Energie heizen.)*

Wir halten fest: keine sichere Energie. [...] Und wissen Sie, was der größte Betrug ist? Das sind Behauptungen wie, der Bund oder das Land zahlen etwas. Der Bürger zahlt das mit seinen Steuern.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Endlich sagt es mal einer!)*

Der Steuerzahler bezahlt Land und Bund

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

und die davon angesparte Rücklage des Landes schmilzt derzeit dahin wie eine Kugel Eis im Fegefeuer.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zurufe von Rainer Albrecht, SPD,
und Torsten Koplín, DIE LINKE)*

[...] Dabei wäre alles so einfach mit normaler AfD-Politik.

*(Heiterkeit bei Daniel Peters, CDU –
Zurufe von Rainer Albrecht, SPD,
Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Torsten Koplín, DIE LINKE)*

[...] Steuern senken, Mehrwertsteuer runter,

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

CO₂-Abgabe aussetzen, Energiesteuer runter, dann sparen wir auch beim Bürger. Setzen Sie sich dafür ein, dass die Kernkraftlaufzeiten verlängert werden,
[...]

■ Daniel Peters, CDU:

„Machen Sie doch mal etwas, was den Bürgerinnen und Bürgern wirklich hilft!“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Und [...] ich möchte auch vorab mich an die Ministerpräsidentin wenden, [...] Also meine Definition von Demokratie und demokratischem Austausch ist eben auch Meinungspluralismus.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Aha!)

[...] Und Sie verstehen unter diesem Zusammenhalt einfach nur, [...] dass Sie sich keine Kritik an Ihrem Kurs wünschen, und das ist was fundamental anderes [...]. Und ich finde es ja gut, dass wir über diese wichtige Thematik, dass wir über bezahlbare Mobilität, bezahlbare Energie, sichere Versorgung und die entsprechenden Perspektiven hier in der Aktuellen Stunde reden, aber das ist einfach zu wenig. Warum gibt es nicht klare Arbeitsaufträge an die Landesregierung? Nein, Sie haben diesen Tagesordnungspunkt beim letzten Mal gestrichen, haben ihn jetzt in eine Aktuelle Stunde umgemünzt und wollen jetzt mal eben darüber reden. Aber das ist einfach zu wenig.

[...] Die Fragen sind: Wie sollen Bürgerinnen und Bürger unseres Landes die explodierenden Benzin-, Diesel- und Strompreise tragen? Wie sollen die Entwicklungen bei den Lebensmittelpreisen und den Mieten kompensiert werden? Wie begegnen wir der Inflation? Immerhin reden wir aktuell von 7,4 Prozent.

[...] Und die Ministerpräsidentin hat beispielsweise davon gesprochen, dass [...] wir die LNG-Terminals in Mecklenburg-Vorpommern brauchen. Wir haben ja hier auch mit einem Landtagsantrag den Minister hier seinerzeit damit ermuntern wollen. [...] Und es gibt die angeblichen Erfolgsmeldungen, meine Damen und Herren, dass wir im LNG-Beschleunigungsgesetz des Bundes mit Rostock und Lubmin enthalten sind. Das ist richtig, aber ich bitte noch mal darum, sich genau die Gesetzesbegründung durchzulesen. Und da heißt es nämlich, dass es keine verbindliche Zusage gibt für Lubmin und für Rostock und dass das ausschließlich und erst einmal nur eine prioritäre Prüfung ist.

Und deswegen sage ich noch mal ganz deutlich: Bevor wir hier Erfolgsmeldungen verkaufen, brauchen wir ein stärkeres Engagement. [...] Sie sind im Moment mehr eine Bürde für dieses Land Mecklenburg-Vorpommern, gerade bei solchen Standortentscheidungen. [...] Wir reden weltweit von drohenden Hungersnöten. Und vor diesem Hintergrund können wir das als CDU nicht mehr nachvollziehen, dass wir immer noch Flächen nicht der Produktion zur Verfügung stellen. [...] Wir müssen endlich, und das ist ein bundespolitisches Thema, endlich die Beseitigung der kalten Progression in Angriff nehmen, wir müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen und wir müssen auch Handelsschranken endlich abbauen, meine Damen und Herren.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie verarschen doch die Bürger! Sie waren
doch Regierungspartei die ganze Zeit!
Schämen Sie sich denn gar nicht, hier
so gegensätzlich zu argumentieren?! –
Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)*

[...] Sie haben ja das Seniorenticket [...] angeführt. [...] Aber was ist denn, wenn die dieses Seniorenticket kaufen, aber es fährt der Bus nicht? Und Ihre Prioritätensetzung – die haben Sie jetzt ja auch vermarktet – ist, erst Seniorenticket, dann

Rufbussystem. Nur, die Frage ist: Wie wird die Inanspruchnahme denn bei diesem Seniorenticket sein, wenn das Angebot nicht mal besteht?

(Zurufe von Torsten Koplín, DIE LINKE, und Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE)

[...] Deswegen sagen wir glasklar: völlig falsche Prioritätensetzung. Machen Sie doch mal etwas, was den Bürgerinnen und Bürgern wirklich hilft! [...]

(Sebastian Ehlers, CDU: Sehr richtig!)

■ Jeannine Rösler, DIE LINKE:

„In dieser Lage muss Politik jene unterstützen, die Hilfe besonders dringend benötigen.“

Fotos: Uwe Sinnacker



Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein Zitat vorweg. Außenministerin Annalena Baerbock sagte bei ihrem kürzlichen Ukraine-Besuch in Kiew: „Wir reduzieren mit aller Konsequenz unsere Abhängigkeit von russischer Energie auf null – und zwar für immer.“ Zitatende. Man mag von dieser Ankündigung halten, was man will, auf jeden Fall soll damit unwiderruflich eine Tür zugeschlagen werden. Meine Damen und Herren, Unternehmer, Unternehmerinnen und viele andere Menschen, die mir begegnen, haben Zukunftsängste [...]

In dieser Lage muss Politik jene unterstützen, die Hilfe besonders dringend benötigen. Das sind viele kleine Unternehmerinnen und Unternehmer, das sind die Handwerker, Dienstleister, Landwirte oder auch die Beschäftigten in der Pflege und im Erziehungsbereich und in vielen anderen Bereichen. Und das sind vor allem auch diejenigen, die ohnehin nicht mehr über die Runden kommen und selbst über die Tafeln kaum noch versorgt werden können. Es ist doch

so, Arme werden ärmer, andere spüren es kaum und wieder andere profitieren maßlos [...]

Meine Fraktion fordert nachdrücklich, den Regelsatz in der Grundsicherung generell deutlich anzuheben, damit Familien in Würde leben können [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ja, und auch der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende müsste erneut und vor allem wirksam angehoben werden. Meine Damen und Herren, insbesondere für die vielen Pendlerinnen und Pendler wird die Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe zumindest vorübergehend Erleichterung bringen, gar keine Frage. Besser wäre es, die Abgaben und Steuern auf alle Energiearten grundsätzlich zu senken. [...]

Selbstverständlich brauchen wir eine stärkere Beteiligung des Bundes am Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs [...] Und dringend notwendig ist auch eine Klimakomponente im Wohngeldrecht, damit Heizkosten im kommenden Winter abgedeckt werden können. [...]

Meine Damen und Herren, die Energieversorgung zu sichern, ja, das ist ein gewaltiger Kraftakt. Bekanntermaßen würde ein Ölembargo gerade den Nordosten und Ostdeutschland hart treffen [...]

Meine Fraktion erwartet, dass der Bund den Osten tatsächlich so unterstützt, wie es erforderlich ist, etwa mit einem Schuttschirm, speziell für Ostdeutschland, sowie mit einer Standort- und Beschäftigungsgarantie.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

[...] das Fazit meiner Fraktion ist, wir müssen so schnell wie möglich raus aus fossilen Energien, ohne dabei soziale Verwerfungen zuzulassen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss oberste Priorität haben, und das hat er auch in dieser Koalition. Wir setzen dabei ganz klar auf einen Energiemix aus Sonne, Wind, Geothermie und Biomasse aus Reststoffen und eine klimaneutrale Wasserstoffwirtschaft.



Auf der Besuchertribüne: Schülerinnen und Schüler des Gymnasium Wittenburg

■ Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Es braucht klare Maßnahmen, und zwar jetzt.“

Fotos: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist Mitte Mai und seit drei Monaten wissen Teile der SPD und vielleicht auch DIE LINKE, dass Gas und Öl nicht nur Geld kosten, sondern auch Glaubwürdigkeit. Die Abhängigkeit von fossilen Energien verhindert, dass wir mit aller Konsequenz für unsere Werte eintreten. Diese Abhängigkeit ist die Konsequenz jahrelanger fehlgeleiteter Energiepolitik in Bund und Ländern mit CDU-, SPD- und linker Beteiligung.

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] Den Preis für diesen fossilen Irrweg zahlen jetzt die Bürger/-innen und Unternehmen in Deutschland und natürlich auch hier in Mecklenburg-Vorpommern. Und wie immer in Krisen leiden die Armen stärker als die Reichen darunter. Die Preise für das Alltägliche steigen für viele Bürger/-innen so sehr, dass sie jeden Cent zweimal umdrehen müssen. [...]

Wir müssen Konsequenzen aus dieser Krise ziehen. [...] Wir brauchen strukturelle Anpassungen, um die Abhängigkeiten von fossilen Energien kurzfristig zu reduzieren und mittelfristig zu beenden. Nur so lassen sich die Preise stabilisieren und mittel- und langfristig sogar senken. Was es dazu braucht, ist [...] eine Wende in der Energie- und Klimapolitik.

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] Zu dieser Wende gehört auch die Abkehr von fossilen Energien und das Neudenken in der Mobilität, der Landwirtschaft, in unserem Umgang mit Ressourcen und unserem Konsum im Allgemeinen. Aktuell 0,8 Prozent Strom auf der Landesflä-

che onshore, ein Windrad im letzten Jahr – was daran Erfolg ist, Frau Ministerpräsidentin, das verstehe ich nicht. [...] [...] Es braucht klare Maßnahmen, und zwar jetzt. [...] Wärmeversorgung kann unabhängig und preisgünstig von Gas, Öl und Kohle sichergestellt werden. [...] Nur mit einem Umbau der Wärmeversorgung aus erneuerbaren Energien können die Menschen vor zukünftigen Preisexplosionen der fossilen Energien geschützt werden. Auch Maßnahmen, die eine bezahlbare Mobilität in Zukunft sichern, sind notwendig. [...]

Billiges Öl hat zu einer teuren Abhängigkeit vom Auto geführt. [...] Die großen Distanzen sind für viele nur mit dem Auto zu bewältigen, das Ausweichen auf den ÖPNV ist vielerorts unmöglich. Gerade für Menschen mit geringen Einkünften ist die teure Beziehung zu ihrem Auto eine enorme finanzielle Belastung, schon ohne Preissteigerungen. [...]

[...] Leiten Sie die Klimawende ein und sorgen Sie so für langfristig bezahlbare Energie für alle Menschen im Land! Schützen Sie sie vor der Willkür von Diktatoren, setzen Sie auf heimische saubere Energien aus Mecklenburg-Vorpommern! – Vielen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*



Abgeordnete der Fraktion SPD

■ David Wulff, FDP:

„Für uns als Freie Demokraten bedeutet Mobilität auch immer [...] Freiheit.“

Foto: Uwe Sinnecker



[...] bei dem Thema geht es natürlich auch darum, [...] zu gucken [...] wer trägt diese Situation. Und an der Stelle muss man auch mal ein großes Dankeschön an alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes [...] sagen, [...] die sich auf diese Situation einstellen und auch selbstständig nach Lösungen suchen [...].

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

[...] Wenn wir sagen, wir haben heute ein Problem, was ist denn die Zielstellung, was [...] die Alternative [...] Auch da erlebe ich [...] nur so ein Durchgewürschtel von der Regierung, anstatt mal zu sagen, [...] das sind unsere Maßnahmen. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und FDP)

Jetzt kommen wir [...] auf den Punkt Preissteigerungen, Inflation, das ganz große Gespenst, was eigentlich schon seit Ewigkeiten angekündigt ist [...] Agenda 2010 [...] wir haben damals mit dieser großen Reform bereits angefangen, das ganze Thema Lohnkosten so sehr zu drücken, damit wir wettbewerbsfähig sind, und dadurch [...] einen Deckel draufgezogen, der sich halt irgendwann mal wieder entladen musste. [...] die Subprime-Krise, die [...] Finanzkrise [...], die [...] Euro-Krise

[...] jetzt haben wir die Corona-Krise und wir haben den Ukraine-Krieg, die an dieser Stelle einfach nur noch der Brandbeschleuniger sind [...] Und damit müssen wir jetzt umgehen und insofern muss man diese Analyse mal machen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

[...] wir wissen, mit dem öffentlichen Verkehr und der öffentlichen Mobilität funktioniert es in diesem Bundesland nicht so, [...] dass das brauchbar ist für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Und das bedeutet in der Konsequenz, wir sind immer noch auf individuelle Mobilität angewiesen.

[...] Und wir wissen auch [...] von heute auf morgen werden wir nicht große Infrastrukturprojekte [...], von heute auf morgen werden wir nicht die Lösung schaffen. [...] das Thema Individualverkehr wird in Mecklenburg-Vorpommern noch lange der größte Mobilitätsfaktor in diesem Lande für die Bevölkerung sein.

[...] Wir werden [...] gucken müssen, dass wir eine entsprechende Ladeinfrastruktur hier hinbekommen, und da können wir als Land durchaus mit Genehmigungsverfahren [...] ein bisschen Druck auf den Kessel bringen. Wir werden beim Thema ÖPNV [...] gucken müssen, wie kriegen wir das Ganze [...] hin durch eine Anpassung vom Personenbeförderungsgesetz, [...] mit einem Landesverkehrsnetz, sodass wir da wirklich [...] einen Umstieg hinkriegen, und mit diesem Umstieg schaffen wir am Ende vielleicht auch mal eine Entlastung [...], denn für uns als Freie Demokraten bedeutet Mobilität auch immer [...] Freiheit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

[...] Thema Energien: [...] dass die Energiepreise jetzt so hoch sind, das ist doch gar nicht unabsichtlich. [...] die GRÜNEN haben [...] vor vielen Jahren [...] gefordert, dass Benzin 5 Mark kosten soll. [...]

[...] das ist doch genau der Effekt, den die GRÜNEN irgendwann mal vorhergesagt haben [...] man hätte diesen Prozess deutlich früher, deutlich besser und deutlich moderater gestalten können, wenn man [...] gleich viel mehr auf Markt gesetzt hätte, [...] vernünftige Wettbewerbsrahmen [...], vernünftige Marktbedingungen [...], dass insbesondere bei alternativen Energien der Umstieg hätte [...] deutlich schneller und besser funktionieren können. Und jetzt stehen wir vor einem Scherbenhaufen von einer verlangsamten Politik, von einer bremsenden Politik [...].

(Thore Stein, AfD: Sicherheit)

Auch hier brauchen wir Veredelung im Land und müssen gucken, dass wir mit Produktionsveredelung einen wichtigen Beitrag zur Welternährungssicherheit und unserer Sicherheit beitragen können.



Foto: Uwe Sinnacker

Abgeordneter Thomas Krüger (SPD) am Rednerpult

Klimastiftung – Landtag setzt Untersuchungsausschuss ein

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Klärung der Umstände um die Klimastiftung MV beschlossen

■ Das Thema „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“ nahm in der Mai-Sitzungswoche des Landtages MV einen breiten Raum ein. Die 22 Abgeordneten der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU hatten im Vorfeld die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) beantragt. Damit wurde das gesetzliche, notwendige Quorum von 25 Prozent der Landtagsmitglieder erreicht, so dass der Landtag zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses verpflichtet war.

Es gäbe über die Klimastiftung so viele offene Fragen, begründeten die Oppositions-Fraktionen ihre Initiative. Bislang habe jede Antwort weitere Fragen aufgeworfen. Darum sei es an der Zeit, eine umfassende Untersuchung der Vorgänge um die Klimastiftung einzuleiten. Den drei Fraktionen sei daran gelegen, Transparenz bei den Geschäftsvorgängen der Klimastiftung herzustellen. Dazu wurde eine umfangreiche Frage- und Aufgabenliste erstellt, die vom PUA abzuarbeiten sei. Den Antragstellern war darüber hinaus wichtig, dass der Unter-

suchungsausschuss prüfen möge, ob die Landesregierung Konsequenzen ziehen müsse. Hierzu sei zu klären, inwieweit „die Nutzung rechtlicher Konstrukte zur Zielerreichung politischer Vorhaben“ legitim sei. Von Interesse sei außerdem die Verflechtung der „sogenannten Wasserstoff-Hanse“ und ob es „persönliche Verquickungen der Mitglieder der jeweiligen Landesregierungen“ gab.

Weiter machte die Opposition einen Imageschaden für das Land aus. Einerseits wäre der Eindruck entstanden, es wurde mit unlauteren Mitteln gearbeitet und zum anderen habe die negative mediale Berichterstattung über die Stiftung und die Vorgänge beim Bau der Erdgasleitung Nord Stream 2 Mecklenburg-Vorpommern national und international in einem schlechten Licht erscheinen lassen. Daher ginge es mit dem PUA um „einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie und der Wiederherstellung des Ansehens des Bundeslandes“.

Der Fraktionsvorsitzende **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wolle wissen, wessen Interessen die Landesre-

gierung bedient habe. Die geopolitische Lage hätte schon vorher bei der Landes-SPD ein Unwohlsein auslösen müssen. Er rief die Verantwortung zur informierten Entscheidung in Erinnerung. Der Beschluss zur Stiftungsgründung schein nicht auf dieser Basis getroffen worden zu sein. Die Stiftung sei keine private Initiative, sondern eine Landesstiftung. Damit ergebe sich hier eine politische Verantwortung.

Thomas Krüger (SPD) stellte sehr deutlich klar, dass seine Partei zu der Verantwortung stehe, die mit der Stiftung übernommen wurde. Die Sanktionen haben sich gegen ein „nach rechtsstaatlichen Gegebenheiten [...] genehmigtes Projekt gerichtet“. Die Stiftungsgründung wurde einst ohne Gegenstimmen beschlossen, daher wünsche er sich mehr Sachlichkeit in der Debatte.

Michael Meister (AfD) kritisierte die ungeklärten Umstände bei der Einrichtung der Klimastiftung und warf der SPD Lobbyismus vor. Die AfD werde darauf dringen, Matthias Warnig genauso wie Erwin SELLER, Gerhard Schröder und wenn nötig auch Olaf Scholz in den PUA vorzuladen.

Sebastian Ehlers (CDU) und seine Partei fühlten sich getäuscht. Eigentlich sei immer die Rede von der Funktion der Stiftung als Materiallager gewesen, aber in Wirklichkeit war sie eine Art Generalunternehmer. Da die Landesregierung

immer nur so viel wie notwendig Preis gebe, wurde der PUA notwendig.

Michael Noetzel (DIE LINKE) legte dar, dass „temporäre gewerbliche Aktivitäten“ von vornherein beabsichtigt und kommuniziert worden waren. Er Sorge sich, dass es noch nachträglich Sanktionen gegen Firmen geben könne. Zum Zeitpunkt der Errichtung waren Stiftung und Pipeline gewollt und richtig. Und das werde man auch nicht wegdiskutiert bekommen.

Fraktionsvorsitzende **René Domke** (FDP) betrachtete die Klimastiftung eher als eine „Verschleierungsstiftung“. Auf jeden Fall sei sie ein „Scherbenhaufen einer verfehlten Nebenaußenpolitik des Landes“. Als Parlament sei man es schuldig, „diese Vorgänge aufzuklären, und zwar bis ins Detail“.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und CDU
Drucksache 8/593

Beschluss: Annahme des geänderten Antrages

Änderungsantrag SPD und DIE LINKE
Drucksache 8/684

Beschluss: Annahme des Änderungsantrages

Änderungsantrag

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU
Drucksache 8/687

Beschluss: Annahme des Änderungsantrages

■ Thomas Krüger, SPD:

„Klar ist, dass wir das Nachher anders bewerten müssen als das Vorher.“

Foto: Uwe Sinnecker



[...] in den vergangenen Wochen ist so viel Falsches gesagt worden, [...] viele Fehlmeldungen kommentiert worden, ist an so viel Fehlmeldungen das Schild „Skandal“ angehängt worden, dass ein bisschen Sachlichkeit jetzt wirklich mal nottut.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE–
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

[...]

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Nein, wir haben nicht dafür gestimmt.)

[...] Wir Sozialdemokraten stehen zu unserer Verantwortung. Ja, wir haben uns für Nord Stream 2 eingesetzt! Ja, wir haben uns für die Klimaschutzstiftung [...] eingesetzt! Ja, wir haben uns dafür eingesetzt, die amerikanischen Sanktionen, die gegen Firmen und Personen in Mecklenburg-Vorpommern verhängt beziehungsweise verhängt werden sollten, zu unterlaufen! Das haben wir gemacht, das ist unsere Verantwortung,

und wir stehen – anders als die CDU – genau zu dieser Verantwortung!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Es ging uns um Versorgungssicherheit. Es ging uns um bezahlbare Energie für die Menschen und Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Es ging uns um ein friedliches Miteinander in Europa. [...]

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Gas wurde und wird als Brückenenergieträger gebraucht. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

[...] Dann stellt sich noch die Frage: Warum gerade russisches Gas und nicht damals die Angebote der Vereinigten Staaten annehmen? [...] amerikanisches Fracking-Gas ist gut 20 Prozent teurer als russisches Leitungsgas. Zudem [...] muss Fracking-Gas aufwendig mit Tankern und alles andere als umweltfreundlich über die Ozeane transportiert werden.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Erst wenn wir LNG-Terminals haben,
dann können wir das machen.)

[...] Drittens. Wir waren der Überzeugung, dass das Prinzip „Wandel durch Handel“ funktioniert, dass dadurch der europäische Kontinent zu einem dauerhaften Miteinander kommt, und das hat viele Jahre ja auch funktioniert. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

(Zurufe von Thomas Diener, CDU,
und René Domke, FDP)

[...]

(Daniel Peters, CDU:
Sie haben einen Job als Akrobat.)

Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern kam noch dazu, dass bei uns die Pipeline, die [...] wasserstofftauglich ist, anlandet.

[...] Die Bauaktivitäten waren es [...], die uns in den Fokus der amerikanischen Wirtschaftspolitik gebracht haben[...]. Da ging es [...] um die Hafengesellschaft in Sassnitz [...] um ultimative Drohungen, schriftliche Aufforderungen, telefonische Einschüchterungsversuche, [...] gegen ein Projekt,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

das nach rechtsstaatlichen Gegebenheiten [...] genehmigt worden war.

(Stephan J. Reuken, AfD: Das alles von unseren amerikanischen Freunden, hört, hört!)

Diese Drohungen [...] richteten sich gegen Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern und [...] Firmen, die bei uns engagiert waren. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

[...] vor [...] diesem Hintergrund entstand die Idee, Unternehmen und Beschäftigte, die hier bedroht worden sind, zu schützen und dennoch die Pipeline zu bauen. [...] Das Ergebnis der Überlegung war, die Stiftung zu gründen.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

[...]

(Daniel Peters, CDU: Deswegen hatten die das Schiff gekauft.)

[...]

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Das Ding ist aber auf Grund gelaufen.)

[...] die Stiftung, wurde mit zwei Zielen losgeschickt, erstens, wie bei Nord Stream 1 auch, den Bereich Umweltschutz ergänzt durch Klimaschutz und zweitens die Fertigstellung von Nord Stream 2 zu unterstützen. [...]

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

[...] damit kommen wir mal zu dem, was [...] wir [...] an Vorwürfen und an Spektakel erlebt haben.

(Sebastian Ehlers, CDU: Das ist Presseschelte hier!)

[...] Erster Vorwurf, die Landesregierung hätte nicht umfänglich [...] informiert,

(Thomas Diener, CDU: Das stimmt.)

insbesondere der Geschäftsbetrieb wurde verschwiegen. [...] das ist falsch.

(Sebastian Ehlers, CDU: Richtig, nein!)

Es gab umfangreiche Beratungen sowohl in allen Fraktionen als auch hier im Landtag.

(Sebastian Ehlers, CDU: Stimmt nicht!)

Bei jedem dieser Schritte wurden beide Ziele der Stiftung dargestellt, übrigens auch nachzulesen im Landtagsantrag, in den Protokollen und in den Medienveröffentlichungen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ja, wichtige Informationen wurden weggelassen.)

Zweiter Vorwurf, die Hauptakte zur Gründung der Stiftung [...] ist nicht mehr auffindbar – falsch. Die Akten sind da.

(Sebastian Ehlers, CDU: Das glauben Sie doch im Leben nicht! Das glauben Sie doch im Leben nicht!)

[...]

(Sebastian Ehlers, CDU: Woher kennen Sie die denn?!)

[...]

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

[...]

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

[...]

(Sebastian Ehlers, CDU: Das werden wir sehen.)

Dritter Vorwurf, die Steuerunterlagen der Klimastiftung wären verschwunden. [...] Sie wissen genau, dass das Steuergeheimnis uns daran hindert, die Dinge hier klarzustellen.

(Zuruf von René Domke, FDP)

Vierter Vorwurf, die Landesregierung hat die Stiftungsgründung intensiv mit Nord Stream 2 abgestimmt. Mit diesem Vorwurf

(Sebastian Ehlers, CDU: Ist das die neue Transparenzstrategie der SPD heute?!)

versucht Herr Röttgen von der CDU wieder mal in der Öffentlichkeit aufzutauchen und fordert den Rücktritt von Manuela Schwesig. [...]

(Thomas Diener, CDU: Überall!)

[...] Wie bitte schön gründet man eine Stiftung, bei der der Geldgeber [...] nicht in die Gründung [...] einbezogen wird? Wie bitte schön wollen Sie den zweiten, den gewerblichen Stiftungszweck erfüllen, wenn Sie nicht mit dem Unternehmenskonsortium zusammen beraten, wie der Zweck umgesetzt werden kann? Also [...], auch hier kein Skandal.

(René Domke, FDP: Wie wollen Sie mit 200.000 Klimaschutz voranbringen?)

Fünfter Vorwurf, der Pressesprecher von Nord Stream 2 hätte vorgeschlagen, [...] „die Stiftung mit einem Augenzwinkern als ‚smarte Antwort‘ auf das Hardliner-Gebaren der USA zu



Foto: Uwe Sinnecker

Abgeordnete der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP

positionieren“. [...] auch hier wieder die Frage, wo der Skandal ist. [...]

Sechster Vorwurf, die Bundesregierung war nicht in das Vorhaben der Stiftungsgründung eingeweiht. [...] inzwischen gibt es eine ganze Reihe von Äußerungen, die deutlich machen, dass die Bundesregierung sehr wohl informiert war, also auch hier heiße Luft.

Siebter Vorwurf, Korruption. Dieser [...] wurde von dem Mitglied der GRÜNEN, der Klimaaktivistin Luisa Neubauer [...] erhoben. Sie sagte, [...] „Schwerin ist das Sinnbild dafür, wie Korruption und fossile Energien zusammenhängen“. [...] Korruption ist meiner Auffassung nach eine Straftat. Schön wäre gewesen, wenn Frau Neubauer hätte sagen können, wer an welcher Stelle korrupt war. [...]

Achter Punkt, Frau Schwesig müsste einfach nur den Stiftungsvorstand anweisen [...]. Auch das ist falsch [...].

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Bei den Informationen, die wir hatten.)*

Stiftungen agieren selbstständig entsprechend dem Stiftungszweck [...]. Bestätigt wurde das [...] in einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags [...].

Neunter Vorwurf, die Ministerpräsidentin hätte die CDU getäuscht bei dem, was die Stiftung alles gemacht hat, damit die Pipeline fertiggestellt werden kann. [...] ich will [...] Kollegen Dietmar Eifler [...] zitieren,

*(Sebastian Ehlers, CDU, Franz-Robert Liskow, CDU,
und Daniel Peters, CDU: Jaaa!)*

[...]: „Aus diesem Grund befürwortet meine Fraktion unverändert den Bau der Pipeline, ebenso jetzt die Errichtung der Stiftung, die neben dem Klimaschutz auch den Bau der Pipeline absichern soll.“ [...].

*(Stephan J. Reuken, AfD:
Mann, Mann, Mann, Mann, Mann!)*

[...]

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Hört, hört!)

[...] Und damit der Wille der CDU auch umgesetzt werden konnte, hat die CDU auch die Möglichkeit gehabt, einen ihrer renommiertesten Vertreter zum stellvertretenden Stiftungsratsvorsitzenden zu ernennen, ihren ehemaligen Europaabgeordneten Werner Kuhn.

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Franz-Robert Liskow, CDU:
Das machen Sie ja gerade vor!)*

[...]

*(Sebastian Ehlers, CDU: Ist das schon die
Bewerbungsrede als Bürgerbeauftragter,
Herr Krüger, oder als Europaabgeordneter?)*

[...]

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

[...]

*(Beifall und Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

[...]

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

[...]

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Sebastian Ehlers, CDU: Mann, Mann, Mann! –
René Domke, FDP: Das hätten
Sie nicht machen sollen!
Glocke der Vizepräsidentin)*

[...]

(Sebastian Ehlers, CDU: Unglaublich!)

[...]

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Der größte Postenschieber hier im Landtag
gibt so was von sich! Unglaublich!)

[..]
(René Domke, FDP: Wir verstehen Sie schon sehr gut.)

[..]
(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

[..]
(René Domke, FDP:
Ja, wie geht das überhaupt?)

[..]
(Sebastian Ehlers, CDU: Wie viele Firmen
sind es denn aus Mecklenburg-Vorpommern?)

[..]
(Heiterkeit bei Sebastian Ehlers, CDU:
Wie viele Firmen aus M-V sind es denn?)

[..] Sie sehen, viel heiße Luft, viel Wille zur Skandalisierung,
wenig Substanz.

(Sebastian Ehlers, CDU:
Wenig Transparenz an der Stelle.)

[..] Das, was als harter Fakt übrigbleibt, ist, dass [..] Putin [..]
einen fürchterlichen Krieg mitten in Europa angefangen hat.

(René Domke, FDP:
Das konnte keiner sehen, nein.)

Mit diesem Krieg gibt es ein Vorher und ein Nachher. Klar
ist, dass wir das Nachher anders bewerten müssen als das
Vorher. [..]

(René Domke, FDP:
Ja, den zitiere ich nachher auch.)

[..]
(Sebastian Ehlers, CDU:
War er jetzt dafür oder dagegen?)

[..]
(René Domke, FDP: Und, wurden sie
aufgeklärt? Wurden sie aufgeklärt?)

[..]
(René Domke, FDP: Wurden sie aufgeklärt?)

[..]
(Julian Barlen, SPD: Hat sich in Luft aufgelöst.)

[..]
(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

[..]

(Zuruf von Anne Shepley,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[..]
(Sebastian Ehlers, CDU:
Der beliebteste Politiker in Deutschland.)

[..]
(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Genau.)

[..]
(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich kann ja noch mal reagieren.)

[..]
(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

[..]
(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Klares Bekenntnis zum Kopftuch.)

[..]
(Sebastian Ehlers, CDU: Sie haben da die
Geschäfte gemacht, nun bleiben Sie mal
ganz ruhig da! Da war Ihnen Putin egal.)

[..]
(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ach, wir
machen da bald eine Weltmeisterschaft,
da haben wir alle kein Problem mit!)

[..]
(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Daniel Peters, CDU: Was ist mit
Katar? Was ist mit Katar?)

[..]
(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von René Domke, FDP)

[..]
(Daniel Peters, CDU: Sie halten Putin
weiter die Stange, das ist die Wahrheit!)

[..]
(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

■ Michael Meister, AfD:

„Verlassen Sie sich darauf,
wir werden [...] Fragen stellen.“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! [...]

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, was war gestern eigentlich los bei Ihnen? [...] Man könnte auch meinen, da hat jemand in der Staatskanzlei ein ziemliches Muffensausen [...] frei nach der Devise: Schützt die Königin, egal, was es kostet!

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Ja!)

Da wird dann sogar ein politischer Ziehvater [...] auf das Abstellgleis geschoben, um dann einen Tag vor der Landtagsdebatte der Öffentlichkeit eine Pseudolösung hier zu präsentieren [...] Das ist einfach nur schamlos!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Generell stellt sich auch zunehmend die Frage, ob es sich überhaupt um ein deutsch-russisches Projekt handelt, denn die agierenden Personen sind Herr Geue, Herr Pegel, Herr SELLERING und Frau Schwesig – alle Mitglieder der SPD [...]

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

zumindest müssen wir das annehmen, da die Landesregierung einmal mehr nicht wirklich um Transparenz bemüht ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das beginnt schon bei [...] den angeblich verschwundenen Steuerunterlagen, was übrigens nicht sein kann, da Steuerunterlagen von Körperschaften dieser Größe elektronisch erfasst werden, bearbeitet und verwaltet werden. [...] Da muss man sich ernsthaft die Frage stellen, ob [...] beim Finanzamt Schwerin tätige Steuerfahndungsprüferin und jetzige Minis-

terpräsidentin einfach nur naiv ist oder politisch verantwortungslos handelt oder aber eben bereits mit beiden Beinen zwischen Deutschland und Russland in einem roten Sumpf steckt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] Und jetzt komme ich auf den Lobbyismus zurück, Herr Krüger. Roter Filz, Klüngel und Postengeschachere sind bei Ihnen nämlich gang und gäbe.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Ach so!
Das behaupten Sie jetzt so.)*

Ich behaupte es nicht, ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin. Die OZ schrieb im Mai 2019 bereits: „Postenvergabe bei der SPD in MV – eine schrecklich vernetzte Familie“. [...]

(Zuruf von Thore Stein, AfD)

„Mittlerweile ist der Ehemann von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig zuständig für ‚Strategisches Management‘ in der Landesforstanstalt. Unterschulung gab es bei Agrarminister Till Backhaus.“

(Thore Stein, AfD: Danke!)

Weitere Namen in diesem Pressebericht sind [...] da Cunha, Dahlemann, Mucha, Gundlack und SELLERING. Das zum sozialdemokratischen Verständnis von Sitte, Moral und Rechtsstaatlichkeit! [...]

Dann gründen Sie allen Ernstes eine öffentliche deutsche Stiftung, welche von einem Drittstaat finanziert wird. Und als würde das nicht reichen, hat diese dann wiederum in sich einen Wirtschaftsbetrieb, über dessen Besetzung Unternehmen entscheiden, welche zu russischen Staatskonzernen gehören. Sollte das [...] immer noch nicht reichen, ist einer der führenden Protagonisten auch noch ein ehemaliger hauptamtlicher Mitarbeiter der Staatssicherheit [...] Diese Personalie, finde ich, ist ziemlich starker Tobak, Frau Ministerpräsidentin!

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Und das hat man den Fraktionen vorher nicht
gesagt, was sie da vorhaben. Deswegen
haben wir auch nicht mitgemacht.)*

[...] das ist eine absolute Frechheit! Das ist ein Schlag ins Gesicht all derer, die in der DDR unter dem SED-Regime gelitten haben, Herr Koplín! [...]

Verlassen Sie sich darauf, wir werden [...] Fragen stellen und uns in die Akten intensivst einarbeiten, denn das ist es, was die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern von uns erwarten. [...]

Und zu guter Letzt ein kleines Wort an die CDU: Sie gefallen sich bestimmt in der Rolle der harten, fragenden Opposition. Wenn man allerdings etwas aus dem politischen Bild herauszoomt, wirkt es doch eher wie ein kleinkariertes Rosenkrieg. Jetzt, wo Sie in den Sandkasten gefallen sind [...] sparen Sie plötzlich nicht mit der Kritik am ehemaligen Partner. Das ist kein guter Stil. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

■ Sebastian Ehlers, CDU:

„Es sind viele Fragen offen zur Entstehung von Nord Stream 2.“

Foto: Uwe Sinnacker



Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 7. Januar 2021 wurde die Klima- und Umweltschutzstiftung hier durch den Landtag auf den Weg gebracht. Die Ministerpräsidentin hat damals gesagt, ich zitiere: „Wir haben nicht vor, dass diese Stiftung diese Pipeline baut oder betreibt ...“ [...] Christian Pegel, hat von einem Materiallager gesprochen.

Heute wissen wir, dass die Stiftung natürlich mitgebaut hat, dass Schiffe gekauft wurden, dass Rechnungen bezahlt wurden und dass die Stiftung aktiv mitbeteiligt war. Und ein weiteres Argument, was damals gebracht wurde, ist, dass es vor allem darum geht, Firmen aus Mecklenburg-Vorpommern zu schützen. Auch da wissen wir bereits, dass es nicht vorrangig darum ging. Die Stiftung selbst musste jetzt ja einräumen, dass es nur ein ganz geringer Teil von Firmen war, die beteiligt waren, die aus Mecklenburg-Vorpommern kamen. Es ist vielmehr – und der Eindruck hat sich in den letzten Tagen und Wochen verfestigt –, dass die Stiftung eine Art Generalunternehmer für Gazprom, für Nord Stream 2 war, meine sehr verehrten Damen und Herren. [...]

Nach Ausbruch des Krieges hat das Thema eine neue Dynamik bekommen. Es gab Diskussionen über die Stiftung bereits im Januar, Anfang Februar, als Putin schwerbewaffnet bis an die Zähne an der Grenze zur Ukraine stand. [...] Da hat die Landesregierung sich noch in Schweigen gehüllt. Der Chef der Staatskanzlei hat am Tag des Ausbruchs des Krieges gesagt, das ist für uns kein Thema. Dann hat die Opposition, bestehend aus CDU, FDP und GRÜNEN, das zum Thema gemacht. [...]

Denn wenn Sie sich die Akten anschauen, [...] der sieht am Ende des Tages, dass natürlich wir im Kabinett mit dabei waren, im Landtag zugestimmt haben, aber dass die Vorbereitungen natürlich in erster Linie zwischen der Staatskanzlei, zwischen dem Chef der Staatskanzlei und zwischen Herrn Pegel gelaufen sind. [...]

Und deswegen bringen wir heute diesen Antrag hier ein. Und es sind viele Fragen offen zur Entstehung von Nord Stream 2: Ist es wirklich so gewesen?

[...] wie groß war der Einfluss von Nord Stream 2, welchen Einfluss hat man gehabt. Hier wurden ja schon Textbausteine rübergeschickt, hier wurden Formulierungshilfen gegeben für Reden, für Anträge. Das zeigt die enge Bindung.

(Julian Barlen, SPD: Das ist Unsinn!)

[...] Wir werden über das Thema Parteispenden reden natürlich. Es ist bekannt, dass es hier Spenden gab an einen SPD-Ortsverband in Wismar, [...]

das zeigt doch einfach, dass unser Land in den letzten Wochen extrem öffentlichen Schaden genommen hat, und das ist nicht die Verantwortung der Oppositionsfraktionen, sondern vor allem Ihre Verantwortung, weil Sie hier eine Mauer des Schweigens aufgebaut haben. [...] verschwundene Steuererklärungen, geschwärzte und verloren gegangene Akten haben das Vertrauen in den Rechtsstaat erschüttert. Heute ist deshalb ein guter Tag auch für unsere Demokratie, denn ab heute ist Schluss mit Tarnen und Täuschen, ab heute muss die Landesregierung alle Karten auf den Tisch legen. [...]

■ Michael Noetzel, DIE LINKE:

„Ich wundere mich über das Wundern.“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! [...] Der PUA soll die Vorgänge und Entscheidungen rund um die Klimastiftung klären. Der Einsetzungsantrag nimmt bereits Bezug auf die wichtigste und grundlegendste Entscheidung, nämlich den Beschluss des Landtages in der 108. Sitzung am 7. Januar 2021, und ich möchte aus der Debatte zitieren: „Zugleich muss uns gleichwohl an partnerschaftlichen Beziehungen mit Russland gelegen sein ...“ – ich wollte kurz hören, ob jemand Putin-Claqueur schreit –, „auch wenn die innenpolitischen Zustände in Russland durchaus besorgniserregend sind, und das nicht erst seit gestern. Ich persönlich halte diese Lösung für ein sehr wichtiges Infrastrukturprojekt mit einem erheblichen langfristigen volkswirtschaftlichen Nutzen, nicht nur für beide Staaten, sondern für Europa insgesamt wichtig. Aus diesem Grund befürwortet meine Fraktion unverändert den Bau der Pipeline, ebenso die Errichtung der Stiftung, die neben dem Klimaschutz auch den Bau der Pipeline absichern soll.“

[...] Das hat damals Dietmar Eifler, Mitglied der CDU-Fraktion, im Landtag Mecklenburg-Vorpommern zu Protokoll gegeben auf Seite 35.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses. – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Und es ist eigentlich nur deswegen bemerkenswert, weil es offensichtlich so eine Art Wahllamnesie gibt, die vergessen lässt, wie sich die CDU zu Russland und der Stiftung vor dem Krieg positioniert hat.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

[...] Und ein weiteres Zitat: „Es muss wieder Normalität für unsere Unternehmen geben. Die Ostseepipeline muss man

nicht richtig finden, die kann man auch kritisieren, das ist legitim, aber was nicht geht, ist, dass man, wenn sie rechtsstaatlich genehmigt ist, Firmen, die dort rechtsstaatlich mitwirken, sanktioniert.“

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

„Das ist nicht in Ordnung und da gehen wir dagegen an [...]“ Diese Worte stammen von der Ministerpräsidentin in eben dieser Debatte. [...] Warum trage ich das alles vor? Ich wundere mich über das Wundern. Die Stiftung hat bei der Fertigstellung der Pipeline geholfen. Das war ihr Auftrag.

(Julian Barlen, SPD: So ist es.)

Sie ist dabei wirtschaftlich tätig geworden. Das war ihr Auftrag und ihre Möglichkeit.

(Julian Barlen, SPD: So ist es. – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Sie hat dabei sogar mit Leuten zusammengearbeitet, die dem Betreiber Gazprom zugerechnet werden. Ja, mit wem denn sonst?!

(Julian Barlen, SPD: Richtig!)

[...] Sowohl der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hat im Juli 2020 die amerikanischen Sanktionen ausdrücklich als völkerrechtswidrig bezeichnet,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Hört, hört!)

ebenso die EU-Energiekommissarin Kadri Simson im August 2020.

[...] Alles in allem waren die Stiftung und die Pipeline im Zeitpunkt ihrer Errichtung – und nur dort –

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft weitestgehend anerkannt, gewollt und richtig, und das werden Sie auch nicht wegdiskutiert bekommen.

(Beifall Henning Foerster, DIE LINKE)

Und genauso richtig ist es jetzt, dass die Stiftung bald der Geschichte angehört. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von René Domke, FDP)

■ Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Mit dem von uns beantragten PUA wollen [...] wir den für ein Parlament höchstmöglichen Beitrag zur Ermittlung [...] beitragen.“

Foto: Uwe Sinnecker



Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! [...] Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU beantragen heute [...] die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klärung von Vorgängen und Entscheidungen rund um die Stiftung Klima- und Umweltschutz MV [...].

Seit ihrer Gründung vor gerade einmal knapp eineinhalb Jahren gab es Zweifel darüber, wessen Interessen die damalige Landesregierung, aus welcher Motivation auch immer, bedient hat. Das liegt sicherlich auch daran, dass man über die Zeit beobachten konnte, dass auch bestimmte Stiftungsgremien gar nicht besetzt worden sind, ein Hinweis darauf, dass es gerade, was das Thema Klima- und Umweltschutz betrifft, offenbar ein Fremdeln mindestens mit der Stiftung gab, wenn nicht gar die Stiftung als ungeeignet dafür betrachtet wurde.

„Wes Wein ich trink, des Lied ich sing“, kann einem schon in den Sinn kommen, wenn man an den vermutlichen Kapitalstock der Stiftung im Verhältnis von 1:100 durch das Land zu Gazprom Nord Stream 2 denkt. Über eines bin ich mir aber sicher, eine Hymne ist dabei sicherlich gesungen worden, die des SPD-Altchancellors Schröder, der seine eigenen Taschen mit Gazprom-Geldern füllt, gepaart mit dessen Ausführungen zu Putin als lupenreinem Demokraten. Das hätte bei der SPD des Landes spätestens nach der völkerrechtswidrigen Krimannexion und der permanenten Zündelei in der Ostukraine seit 2014 durch Putins Russland ein Unwohl-

sein bei den aufrechten Genossen auslösen müssen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vielleicht haben ja die Millionenbeträge und das beschworene deutsche Interesse die Alarmglocken in der Regierung verstummen lassen und vielleicht auch die Aussicht auf politischen Vorteil. Wie es aber kommen konnte, dass zwei ehemalige und aktuelle Ministerpräsident/-innen gegen die Interessen von Bündnispartnern, insbesondere in Osteuropa, handeln konnten und erst jüngst die Umgehung von Sanktionen zu rechtfertigen versuchen, die ja gerade wegen des Völkerrechtsbruches von Putins Russland verhängt worden waren, ist mir und uns unverständlich. [...] Mit dem von uns beantragten PUA wollen und werden wir den für ein Parlament höchstmöglichen Beitrag zur Ermittlung und transparenten Aufklärung zu den Vorgängen und Entscheidungen bezüglich der Stiftung, einschließlich des Komplexes Nord Stream 2 [...] sowie institutionellen und persönlichen Verwicklungen der Mitglieder der jeweiligen Landesregierungen, beitragen.

In diesem Zusammenhang danke ich den Kolleginnen und Kollegen der CDU, dass sie sich mit der FDP und uns auf den Weg einer transparenten Aufklärung gemacht haben. Ich finde, das ist ein mutiger Schritt!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

■ René Domke, FDP:

„Stellen Sie sich der Aufklärung nicht weiter in den Weg!“

Foto: Uwe Sinnecker



[...] Wir stehen hier im Land [...] vor dem Scherbenhaufen einer verfehlten Nebenaußenpolitik des Landes.

*(Beifall Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] Eine Energiepolitik, die völlig unabgestimmt und an den Interessen von Partnerstaaten vorbei betrieben wurde. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP –
Zuruf aus dem Plenum: Oha!)*

Wir sprechen viel darüber, ob [...] der Ministerpräsidentin die Bühne der Landespolitik zu klein wurde, ob die [...] Ministerpräsidentin auf die große Bühne der Weltpolitik wollte – um jeden Preis. [...] die Kompetenzen in der Außenpolitik sind auf Landesebene nicht gegeben [...] [Der] Ukraine-Krieg [...] war nicht der Zeitpunkt, wo die Augen hätten aufgehen müssen. Der Zeitpunkt war [...] bevor diese Stiftung gegründet wurde.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP
und Sebastian Ehlers, CDU)*

Und war es wirklich zu Ende gedacht, dass mit einer Verschleierungsstiftung [...] die einsichtig, abhängig machende Energieversorgung des Landes, [...] der gesamten Bundesrepublik [...] sichergestellt werden sollte? [...]

[...] das ist nun schon der dritte Parlamentarische Untersuchungsausschuss innerhalb von wenigen Monaten. [...] nicht, weil die Opposition gerade nichts Besseres zu tun hat, [...] nein, [...] diesen Parlamentarischen Untersuchungsaus-

schuss haben Sie sich ganz allein verdient.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

Bereits mit der Errichtung der Stiftung des Landes Mecklenburg-Vorpommern [...] wurden die Warnrufe und die Kritik laut. [...] Und keine vorbereiteten Pressestatements [...] aus russischer Feder [...] vermochten diese Stimmen [...] verstummen lassen. [...] Fake-Stiftung, Mogelpackung, [...] eine Ministerpräsidentin als Putins Marionette. Das sind nur einige der Schlagzeilen [...] die landauf, landab, aber auch in der internationalen Presse [...] in den letzten fast anderthalb Jahren in Bezug zu dieser unsäglichen Stiftung zu lesen und zu hören waren.

[...] Und da sind [...] viele [...] Fragen [...]: zu den gesellschaftsrechtlichen Verflechtungen, zu den Abhängigkeiten, [...], zu Zuwendungen aus russischen Kassen [...], zur steuerlichen [...], zur geldwäscherechtlichen Würdigung, [...] zur Unterfinanzierung der Stiftung [...]: 200.000 Euro aus dem Landeshaushalt, da hätte doch jedermann auffallen müssen, dass mit diesem Grundstockvermögen sicher nicht Klima- und Umweltschutz angegangen werden kann.

Fragen und Kritikpunkte, die im Übrigen auch die FDP [...] bereits im Zuge der Errichtung der Stiftung des Landes gestellt hat, [...] Fragen, [...] zu denen Sie, Frau Ministerpräsidentin, schwiegen. [...]

[...] Fragen, die hier gestellt wurden [...], wurden schlichtweg nicht beantwortet. [...] wir haben die ROKAI GmbH, [...] dieses dubiose Schiff, [...] die sogenannte Wasserstoff-Hanse, [...] den Einfluss von Altkanzler Schröder, [...] viele Dinge, die Sie unbeantwortet gelassen haben [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

[...] Frau Ministerpräsidentin [...] deswegen muss ich [...] Sie auffordern [...]: Stellen Sie sich der Aufklärung nicht weiter in den Weg! [...] handeln Sie [...] im Interesse des Landes! [...] Zeigen Sie, dass Mecklenburg-Vorpommern kein rechtsfreier Raum ist! Behindern Sie nicht die Aufklärung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses! Wir alle hier [...] haben die Pflicht zur Aufklärung [...] es geht hier um unser Bundesland [...] und deswegen brauchen wir dringend diesen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und FDP)*

Bessere Ausstattung des Denkmalschutzes

Pflege des reichen bauhistorischen Erbes für die nächsten Generationen

■ Kein anderes östliches Bundesland hat einen ähnlich reichen kulturhistorischen Schatz an Herrenhäusern und alten Landsitzen wie Mecklenburg-Vorpommern.

Viele sind nicht im besten Zustand, aber während der Corona-Pandemie sind auch viele Objekte im desolaten Zustand verkauft worden. Die AfD hoffte, dass sie mit neuem Leben erfüllt würden, anstatt Spekulationen zu dienen. Mit einer Aussprache im Parlament wollte die AfD eine Diskussion über zwei wichtige Punkte des Denkmalschutzes anregen: den seit 2010 stagnierenden Denkmalschutzfonds sowie die zu geringe Anzahl der Mitarbeiter in der Denkmalschutzbehörde.

Die alten Bauern- und Herrenhäuser in MV seien „das baukulturelle Erbe [...] einer fast 1.000-jährigen Kulturgeschichte und diese gilt es, zweifelsohne zu bewahren“, begründete **Thore Stein** (AfD) das Anliegen seiner Fraktion. Die mit dem Landschaftsbild harmonisierenden Bauten seien charakteristisch für die Region. „Vor allem prägend und europaweit einzigartig ist dabei allerdings die hohe Dichte der Gutsanlagen“, führte der Abgeordnete aus. Im Zuge der Bodenreform verloren diese Häuser ihre wirtschaftliche Basis. Seien die heutigen Besitzer Unternehmer oder Besserverdiener, könnten sie hohe Sanierungskosten durch Steuerabschreibungen kompensieren. Private Interessenten seien auf staatliche Unterstützung angewiesen. Bei der seit 10 Jahren konstanten Fördersumme von gut zwei Millionen Euro pro Jahr, sah Thore Stein Verbesserungsbedarf. Ebenso wichtig sei die Unterstützung der sehr knappen Personal-



Foto: Jens Büttner

Von einst 2.500 Herrenhäusern und Landsitzen existieren in Mecklenburg-Vorpommern noch rund 2.000 Stück.

ausstattung des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege (LAKD).

„Unser Land ist prall gefüllt mit Denkmälern“, bestätigte Wissenschaftsministerin **Bettina Martin** (SPD). Die meisten Denkmäler werden mit den Eigenmitteln der privaten Eigentümer erhalten und restauriert, „und genau das sieht das Denkmalschutzgesetz auch vor“. Denn: „Eigentum verpflichtet“. Der Erhalt der alten Gutshäuser sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, nicht nur des Landes, sondern auch der Kommunen, der Städtebauförderung, der Stiftungen und Verbände, der EU und nicht zu vergessen die Möglichkeit der „Steuererleichterungen über das Einkommenssteuergesetz“. Die Ministerin verwies auf die anstehende Modernisierung des Landesdenkmalschutzgesetzes, hin zu Bürokratieabbau und transparenteren Prozessen. Dies werde „mit großer Verantwortung, einem intensiven Abwägungsprozess und natürlich auch mit Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen“ geschehen.

„Jedes einzelne Gebäude erzählt die Geschichte unseres Landes“, brachte es **Katy Hoffmeister** (CDU) auf den Punkt. Bei 31.181 Objekten auf der Denkmalliste, da reichten private Mittel nicht für deren Erhaltung aus. „73 mussten im letzten Jahr gelöscht werden. Damit ist deren Geschichtswert [...] verloren“, bedauerte die Parlamentarierin. Sie erinnerte an den Abriss der Holländer Windmühle in Klein Ernhof: „eine Tatsache

[...], die wir nicht hinnehmen können“. Allein im Jahr 2021 wurden 88 Anträge in Höhe von rund achteinhalb Millionen Euro gestellt. Das sei das Vierfache der zur Verfügung stehenden Mittel. Dabei ginge es nicht um „Schönheitsoperationen“, sondern um „lebenserhaltende Maßnahmen“, wie es Katy Hoffmeister ausdrückte. Frühere Beratungen im Kulturausschuss brachten keine Ergebnisse. Weiteres Abwarten koste Geld, das „können wir uns im Land einfach nicht leisten“.

Eva-Maria Kröger (DIE LINKE) stellte parteiübergreifenden Konsens zur Wichtigkeit des Denkmalschutzes fest. Ihre Fraktion habe seit Jahren darauf hingewiesen, „dass da zu wenig Geld im System ist. [...] Weil das Letzte, was wir möchten, ist, dass uns Kulturgeschichte verloren geht. Das tut jedes Mal weh, wenn das passiert.“ Sie bat aber auch darum, ehrlich zu bleiben: Denkmalschutz sei nicht nur Verpflichtung, sondern auch eine Herausforderung. Das mache es schwierig, „alles zu erhalten, was wir uns gerne wünschen würden“. Viele Denkmäler stünden auf dem Lande, in strukturschwachen Gegenden, wo es mühsam sei, Nutzungskonzepte zu finden. Hier habe auch sie oft keine Antworten. Sie setze große Hoffnungen in die Novellierung des Denkmalschutzgesetzes und auf das im Stadthafen Rostock entstehende neue Archäologiemuseum.



Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beschrieb Denkmalschutz als „eine Verbeugung der jetzigen Generationen vor den baukulturellen Leistungen unserer Vorfahren“.

In Entgegnung auf die Ausführung der AfD, dass sich Politiker für Prestigeobjekte engagieren, warf er ein, dass es keinen Sinn mache, die Wichtigkeit eines Denkmals gegen ein anderes auszuspielen. Politische Unterstützung für das Anschieben von Initiativen sei nicht falsch.

Er frage sich aber, was eine realistische Bedarfsplanung für den Denkmalschutz sei. Angesichts der 88 Anträge im vergangenen Jahr und mehr als 31.000 Denkmäler im Land, bräuchte es hunderte Jahre, bis jedes Objekt jemals eine Förderung beantragen könne.

Ihm sei klar, dass der neue Doppelhaushalt, wenig Spielraum habe, gerade in dieser besonders schwierigen Zeit. Aber zu der einen oder anderen Diskussion und Überzeugungsarbeit würde er gerne beitragen.

Sabine Enseleit (FDP) sah in historischen Baudenkmalern nicht nur einen großen kulturellen Reichtum. Sie „machen Geschichte begreifbar“ und seien Teil des „touristischen Reizes unseres Landes“. Ihr sei bewusst, dass die Nachfrage nach Fördermitteln das Angebot übersteige, die Fördertöpfe nicht größer würden und die steigenden Baukosten ein Übriges täten. „Wir werden also nicht umhinkommen, auch das Thema Denkmalschutz neu zu denken und modern und zukunftsorientiert aufzustellen“, schlussfolgerte die Abgeordnete.

te. Das gelänge nur in Kooperation mit privaten Investoren und einer Entbürokratisierung. Leider scheitern Investoren zu häufig an hohen Auflagen zur Barrierefreiheit, energetischen Sanierung und zum modernen Brandschutz.

Die Kernfrage sei darum: „Wie kann es gelingen, moderne Nutzung mit Denkmalschutz in Einklang zu bringen“, denn „Nutzung ist der beste Schutz vor dem Verfall“.

Beatrix Hegenkötter (SPD) sprach aus eigener Erfahrung als Besitzerin eines 250 Jahre alten Bauernkaten, den ihre Familie in Kleinarbeit und mit viel Zeit, Geduld und Nerven, umweltbewusst und klimafreundlich saniert habe. So sei der Erhalt von historischen Bauten ressourcenschonend und nachhaltig, weil im Vergleich zum Neubau ungefähr zwei Drittel an Material eingespart werde. Sie habe auch gelernt, dass es beim Denkmalschutz gewissen Spielraum für die Auslegung gäbe. Wichtig sei der gemeinsame Wille zum Erhalt der Bausubstanz. Mit Sorge schaue sie auf Kriegsgebiete, wo mit der Zerstörung von Kulturgut, „Identität absichtlich zerstört wird [...] so gesehen ist Frieden auch der beste Schutz für Denkmale“. Für MV sei der wichtigste Bedarf in Sachen Denkmalschutz, genügend Enthusiasten zu finden, die sich kümmern. Der zweitgrößte Bedarf sei, „dass man Spekulationen aus dem Wege geht“.

Thore Stein (AfD) bedankte sich für die Debatte und besonders den Beitrag der Kollegin Beatrix Hegenkötter. Er stimmte zu, dass private Investoren mit mehr Realismus an den Denkmalschutz gehen. Institutionelle Investoren hätten, getrieben durch Renditeabsichten, oft falsche Vorstellungen und seien dann enttäuscht, „wenn sie in ein historisches Schlösschen eben nicht 20 Eigentumswohnungen reindrücken können, mit Fahrstuhl“.

An die Landesregierung gerichtet, mahnte er an, dass zwei Millionen Euro, verglichen mit 2010, heute vielleicht noch die Hälfte wert seien. Er sei daher sehr interessiert zu sehen, was die Novellierung des Denkmalschutzgesetzes bringen werde.

*Antrag AfD:
Es fand eine Aussprache statt.*

Start-up-Land MV entfesseln

Jungem Unternehmertum bessere Rahmenbedingungen bieten

■ Start-ups sind nicht einfach Unternehmensgründungen. Sie zeichnen sich durch Innovation, Dynamik sowie Wachstum aus und sind häufig das Aktionsfeld von jungen Menschen. Gerade im Osten fehlt es oft an Startkapital oder finanziellen Reserven. Andererseits hat MV sehr gute Hochschulen und Universitäten, eine im Aufbau befindliche Glasfaserinfrastruktur und natürlich viel Platz. Trotzdem liegt MV im Bundesvergleich auf dem vorletzten Platz bei Geschäftsgründungen pro Einwohner.

„Eine aktive Gründungskultur benötigt die richtigen Voraussetzungen“, formulierte die FDP in ihrem Antrag „Start-up-Land Mecklenburg-Vorpommern entfesseln“. Damit seien Verbesserungen sowohl in der Infrastruktur als auch bei den Förderprogrammen aller Art gemeint. Mit einem funktionierenden „Gründungsökosystem“ und ergänzenden Anreizen würden viele junge Menschen im Land Wurzeln schlagen und mit ihren Start-ups wachsen, zeigte sich die FDP zuversichtlich.

Für **David Wulff** (FDP) könnte MV „zu einem führenden Land nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa“ werden. Wie einst die Eisenbahn, könne heute Glasfasertechnologie eine Gründerzeit beflügeln. Konkret wäre ein Gründungssemester schon während des Studiums vorstellbar. Dafür solle das derzeitige Gründungsstipendium auf 2.000 Euro angehoben werden. Start-up-Inkubatoren an Hochschulen würden Zugang zu Netzwerken, Coaching und anderen Programmen verschaffen und bestehende Digitale Innovationszentren stärken. Dabei müssen Gründerinnen im Auge behalten werden, hob der Abgeordnete hervor. Denn Frauen gründeten oft Unternehmen mit sozialer Komponente, also „das, was uns im

Gesellschaftlichen [...] weiterbringt“. Andere Ideen drehten sich um die Nutzung von Geldern der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft, einen jährlichen Gründungs- und Start-up-Bericht und die Etablierung eines Gründungsbeirats im Wirtschaftsministerium.

Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD) dankte für das Thema, das zu wenig diskutiert werde. Ziel der vorhandenen Förderinstrumente sei, den „Gründergeist zu stärken“. Eine gute Idee allein reiche nicht, „das Kaufmännische gehört eben auch dazu“. Er wisse, dass die Verfügbarkeit von Risikokapital problematisch sei. Aber in der neuen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds seien 19 Millionen Euro abrufbar. Dazu kämen Finanzen für die existierenden Digitalen Innovationsräume. Möglicherweise seien Inkubatoren zu viel des Guten, doch wolle er den Vorschlag zum Gründungssemester „vertiefen“. Die Höhe des Stipendiums sei zweitrangig, denn es ginge darum „einen Anschlag [zu] liefern“. Weniger überzeugt zeigte sich der Minister vom Jahresbericht und Gründungsbeirat. Viel wichtiger sei, dass Gründer „ihre Erfahrungen weitergeben“.

MV liege bei den Gründungen weit hinten, stimmte **Martin Schmidt** (AfD) der FDP zu, fand aber die vorgeschlagenen Lösungen ungeeignet. Insgesamt habe das Land eine geringe Innovationskraft. 2021 wurden lediglich sechs Patente pro

100.000 Einwohner registriert, während es in Baden-Württemberg 122 waren. „Wir brauchen eine ehrliche Auswertung, was die Innovationsstrategie der vergangenen Jahre hier gebracht hat“, schlussfolgerte der Abgeordnete. Auch die AfD sehe das eigentliche Problem in der Umsetzung der Gründungsidee. Mit Hinweis in Richtung Gleichstellungsbeauftragte, mahnte Martin Schmidt, es gäbe „zu wenige weibliche Vorbilder unter den Unternehmerinnen“. Über das Gründungssemester und das Stipendium solle man nochmal reden. Die AfD werde sich enthalten, aber eine Überweisung in den Ausschuss könne sie mittragen, denn das Thema sei „extrem wichtig“.

„Deutschland zählt zu den innovativsten Ländern der Welt, schneidet jedoch eher schlecht im Bereich Unternehmensgründungen ab“, bekannte **Wolfgang Waldmüller** (CDU). Er vermisse Aufbruchstimmung und gesellschaftliche Anerkennung für das Unternehmerische.

„Darüber hinaus braucht es dringend aufeinander abgestimmter Maßnahmen von Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und insbesondere den Aufbau von Netzwerken zwischen Forschung und Wirtschaft, die [...] Start-ups im wahren Sinne des Wortes hinterm Ofen vorlocken“. Hemmnisse erkannte der Abgeordnete im beschwerlichen Zugang zu Finanzierungen und „dass es vielen Start-ups schwerfällt, die wichtigsten

Bausteine ihres Geschäftsmodells zu beschreiben“. Infrastruktur und Rahmenbedingungen könnten nicht nur privaten Akteuren überlassen werden, da sehe der Abgeordnete „noch Luft nach oben“. Selbstverständlich stimme die CDU diesem Antrag zu.

Henning Foerster (DIE LINKE) war nicht klar, warum ein Gründungssemester „qualitativ“ besser sei als eine Unternehmensgründung gleich nach dem Studium. Zudem fehlten dem Politiker Vorschläge, wie Gründern „das betriebswirtschaftliche und buchhalterische Rüstzeug für ein solches Vorhaben mitgegeben werden soll“.

Ein höheres Gründerstipendium bedeute eine „massive Aufstockung der Mittel“, was „illusorisch“ sei. Ebenso konnte Henning Foerster einem Jahresbericht nichts abgewinnen. „Ehrlich gesagt, innovativ oder gar entfesselnd sind diese Dinge alle wirklich nicht“, bedauerte er. Was er auf jeden Fall vermisse, sei das Thema Vernetzung der Akteure, „den Austausch mit Experten aus der Industrie, [...] die Entwicklung und Überarbeitung von Geschäftsmodellen.“ Hierzu sollen die erfolgreichen Innovations-Camps ausgebaut werden. Vieles im Antrag sei nicht zu Ende gedacht. Deshalb lehne ihn seine Fraktion ab.

„Zweifelsohne sind Gründungen ein wichtiger Baustein in der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes“, pflichtete **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bei. Sie wolle aber das vermeintlich schlechte Gründerranking relativieren. Ballungsräume sind immer besser dran und eine ältere Bevölkerungsstruktur wie in MV befördere nicht unbedingt mehr Start-ups. Ein Gründungssemester sei hilfreich, die „Erhöhung und Flexibilisierung des Gründerstipendiums ist sinnvoll“. Einen Gründungsbeirat im Wirtschaftsministerium fand sie „fraglich“, genauso wie den Mehrwert eines jährlichen Gründungs- und Start-up-Berichts. Sie wolle das Augenmerk auf die erfolgreichen Gründungen gerichtet sehen. „Genau hier kann man ansetzen“, und Voraussetzungen und Strukturen schaffen. Es sei ihr wichtig, über Unterstützung bei Unternehmensnachfolgen nachzudenken. Dies sei ein ernstes

Foto: © Cornelius Kettler

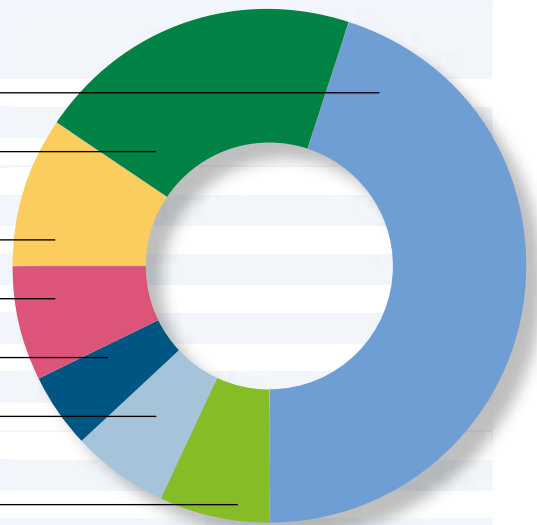


Dürten Fuchs und Stefanie von der Heide (rechts) gründeten das Start up „Mecksikon“, ein Kulturportal für den Norden.

Neueinrichtungen 2020 nach Wirtschaftsgliederung

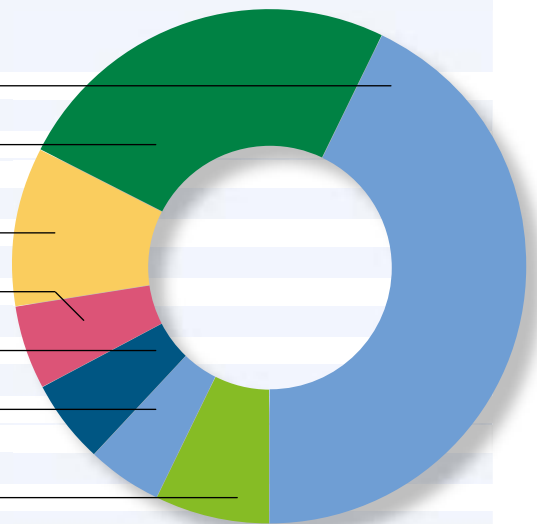
Mecklenburg-Vorpommern

Dienstleistungen	45,1 %	■
Handel: Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	20,6 %	■
Baugewerbe	9,4 %	■
Gastgewerbe	7,3 %	■
Information und Kommunikation	4,7 %	■
Verarbeitendes Gewerbe einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	6,0 %	■
Sonstige	6,9 %	■



Deutschland

Dienstleistungen	42,9 %	■
Handel: Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	24,7 %	■
Baugewerbe	10,0 %	■
Gastgewerbe	5,2 %	■
Information und Kommunikation	5,3 %	■
Verarbeitendes Gewerbe einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	4,9 %	■
Sonstige	7,0 %	■



Quelle: StatA MV, Statistisches Jahrbuch 2021 | Grafik: Uwe Sinnecker

Problem. Hier könne man „das eine tun, ohne das andere zu lassen“, darum stimme ihre Fraktion dem Antrag zu.

Der Antrag und das „Bündel an Vorhaben“ konnten **Philipp da Cunha** (SPD) nicht so richtig überzeugen, denn „Gründer fallen nicht vom Himmel“. Der Wirtschaftsminister habe dargelegt, was umgesetzt werden kann. Er stimme den Vorrednern zu, es ginge bei der Unternehmensgründung um diesen ersten Schritt, wo man „halt auch viel riskiere“. Tatsächlich könne man bei den Rahmenbedingungen für Verbesserungen ansetzen. Kapitalbereitstellung ist auch ein Kernthema. Für digitale Unternehmer ist der Mobilfunk und der Breitbandausbau wichtig, denn „wir wollen eigentlich Glasfaser-Land werden“, wo

im „Land zum Leben“, in Zukunft auch „digital leben und arbeiten“ möglich sei. Der Abgeordnete wolle den Bereich der Unternehmensnachfolge nicht außer Acht lassen.

Er sehe viel Diskussionsstoff und freue sich, in den nächsten Jahren daran weiterzuarbeiten. Heute aber, könne dem Antrag oder einer Überweisung nicht zugestimmt werden.

David Wulff (FDP) fand die Redebeiträge konstruktiv. Da noch ein paar Erläuterungen nötig seien, beantrage er die Überweisung in den Ausschuss.

Zur Frage über das Gründungssemester präzisierte er: „Das ist ein Urlaubssemester und führt dazu, dass die reine Regelstudienzeit unterbrochen wird, dass kein Bafög gezahlt wird.“ Er wolle

hervorheben, dass die Start-up-Inkubatoren keine Innovationszentren seien. Da brauche es das ganze Ökosystem mit all seinen Komponenten. Eine Diskussion im Ausschuss würde erlauben, die Potenziale noch deutlicher abzustecken.

Antrag FDP

Drucksache 8/652

Beschluss: Ablehnung der Überweisung

Ablehnung des Antrages



Der ehemalige Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns, Erwin SELLERING, ist Vorstandsvorsitzender der Stiftung Klima- und Umweltschutz MV.

Kontroverse um Klimastiftung MV

Beendigung der Klimastiftung MV in Reichweite / Forderung nach Sicherung von Unterlagen

Die „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“ beschäftigte den Landtag in der Mai-Sitzungswoche gleich mehrmals. Die lebhaften Debatten waren nicht frei von Meinungsverschiedenheiten. Ein Grund dafür war, dass der Antrag von SPD und DIE LINKE zur Beendigung der Stiftung (Drucksache 8/678) noch nach Ende der Einreichungsfrist auf die Tagesordnung des zweiten Sitzungstages gelangte. Das wurde besonders von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisiert, denn die Notwendigkeit sei hierfür nicht ersichtlich gewesen. Da tags zuvor der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) zur Klimastiftung beschlossen wurde, zogen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihre Drucksache 8/655 bezüglich der Forderung zur Auflösung der Stiftung zurück, flankierten aber den neuen Tagesordnungspunkt der Koalitionsfraktionen mit dem Änderungsantrag auf Drucksache 8/691. SPD und DIE LINKE baten den Landtag in Drucksache 8/678, ergänzt mit einem Änderungsantrag (Drucksache 8/688), zur Kenntnis zu nehmen, dass zwei gegensätzliche Gutachten zur Rechtmäßigkeit der Auflösung der Klima-

stiftung vorlägen. Weiterhin möge das Parlament begrüßen, dass es seit dem 17. Mai 2022 eine Absprache zwischen dem Stiftungsvorstand und der Landesregierung gebe, die zur Abwicklung und letztendlichen Auflösung der Stiftung führen werde.

Die Fraktionen hatten unterschiedliche Ansichten dazu, welche Befugnisse der Ministerpräsidentin für eine Stiftungsauflösung zustünden. Sie hatten auch gegensätzliche Auffassungen zu der Frage, ob die Fraktionen im Januar 2021 hinreichend über den Zweck und die Handlungen der Stiftung informiert gewesen waren. Einer der wenigen Aspekte von Einigkeit über alle Fraktionen hinweg war die Verurteilung des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Julian Barlen, legte in seiner Antragsbegründung dar, dass der jetzige Weg zur Stiftungsauflösung „ein klarer Weg“ sei, denn er verhindere nachträgliche jahrelange Rechtsstreitigkeiten. Er sei das Resultat von einem „guten, kollegialen Austausch“ zwischen den Fraktionen und dem Stiftungsvorstand. Hingegen

schlüge aus dem Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Misstrauen entgegen.

Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** erinnerte in ihrer Rede an die Zustimmung vor gut einem Jahr: „Alle, die seinerzeit an der Abstimmung teilgenommen haben, wussten, worüber sie entscheiden.“ Sie gab zu, dass aus heutiger Sicht, die Einrichtung der Klima- und Umweltschutzstiftung ein Fehler war „und deshalb ist es auch richtig, dass dieser korrigiert wird“. Wie dazu zu verfahren sei, darüber blieben unterschiedliche rechtliche Auffassungen. „Aber wir haben einen gemeinsamen Weg gefunden“, in einem geordneten Verfahren die Stiftung aufzulösen und die guten Klimaschutzprojekte weiterzuführen. Denn der Ministerpräsidentin war daran gelegen, dass die Umwelt- und Klimaprojekte der MV-Stiftung in einer neuen Agentur weitergeführt werden können. Auch dafür würde ein gangbarer Weg gefunden. Gleichwohl werde bei allen Handlungen Transparenz hergestellt und der Abschluss des Abwicklungsprozesses durch unabhängige Wirtschaftsprüfer attestiert werden.

Horst Förster (AfD) hegte ernste Zweifel an dem vorgeschlagenen Weg: „Ob und wie die Stiftung aufgelöst werden kann, ist keine politische, sondern allein eine rechtliche Angelegenheit.“ Zugleich warnte er vor einer „historischen Amnesie“ und rief den Abgeordneten ins Gedächtnis: „Der Landtag stand komplett hinter Nord Stream 2 und war empört über die amerikanischen Sanktionen. Das gilt auch für die CDU.“

Dem stimmte **Sebastian Ehlers** (CDU) nicht ganz zu, denn „Details der Umsetzung fehlten uns schon“, verteidigte er die Position seiner Fraktion. Der Abgeordnete kritisierte die „Allgemeinplätze“ im Antrag der Koalition. Der Ball liege momentan bei der Landesregierung. Sie habe zu handeln. Dieser Antrag sei entbehrlich. „Wir enthalten uns bei diesem Papiertiger“, stand für die CDU fest.

Die Beendigung der Stiftung sei beschlossene Sache, fasste **Michael Noetzel** (DIE LINKE) zusammen. Es gebe wohl niemanden, der das anders sehe. Er gab zu bedenken, dass die beiden gegen-

teiligen Gutachten Realität seien. Sollte es jemals eine Gerichtsverhandlung dazu geben, wage er keine Prognose. Er hoffe, dass der im Gespräch mit dem Vorstand gemeinsam festgelegte Weg zum Ziel führe.

Constanze Oehlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) umriss den Eindruck ihrer Fraktion von der gemeinsamen Erklärung von Regierung und Stiftung mit den Worten: „Wir sind uns darüber einig, dass wir uns nicht einig sind.“ Sie habe viele Kritikpunkte, angefangen von der Verwechslung von Stiftungshaupt- und Nebenzweck bis zur Definition von „wichtigen Gründen“, die zur Auflösung der Stiftung anwendbar seien. Vor allem aber sei ihre Fraktion dagegen, dass der Stiftungsvorstand mit der Abwicklung keine weitere Verantwortung mehr trage.

René Domke (FDP) fragte wo die Substanz in diesem Antrag sei, die einer Diskussion überhaupt wert wäre. Es gebe keine neuen Erkenntnisse. „Wir haben im März 2022 beschlossen, dass die Landesregierung aufgefordert wird, darauf hinzuwirken, dass die Stiftung nicht fortbesteht.“ Wiederholungen machen die Sache ja nicht wichtiger, darum enthalte sich seine Fraktion.

Der Änderungsantrag Drucksache 8/691 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellte unter anderem fest, „dass das Vertrauensverhältnis zwischen dem aktuellen Stiftungsvorstand, dem Landtag und der Landesregierung dauerhaft zerrütet ist“. Sollte die Stiftungsauflösung bis zum 15. November 2022 nicht gelingen, solle die Stiftungsaufsicht im Justizministerium aktiv werden, und die Stiftung „spätestens zum 30. November 2022“ aufheben. Weiterhin wiederholte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Forderung nach „vollständige[r] Transparenz über alle Vorgänge in Zusammenhang mit der Stiftung“.

Durch die Ablehnung von SPD, DIE LINKE und AfD wurde den Änderungen bei der ziffernweisen Abstimmung nicht stattgegeben. Auch der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen sowie der Ursprungs-Antrag wurden ziffernweise abgestimmt und mit mindestens der Zustimmung von SPD und DIE LINKE angenommen.

Am Nachmittag des gleichen Tages wurde ein weiterer Antrag zum Thema Klimastiftung MV behandelt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollten sowohl den Aufklärungsprozess um die Klimastiftung als auch die Arbeit des PUA unterstützen. Die Fraktion forderte die Landesregierung in Drucksache 8/656 auf, ein Moratorium für alle Unterlagen der Klimastiftung zu verhängen. Die Akten sollten sichergestellt werden, das Löschen oder Vernichten verhindert werden. Dies sei nicht nötig, erklärte Innenminister Christian Pegel, denn die Landesverwaltung arbeite mit einem reversionssicheren elektronischen System. Es werde nichts vernichtet, aber er bat bei dieser Gelegenheit um Beendigung der Vorwurfkultur von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Auch die AfD konnte nicht sehen, dass Akten verschwunden seien. Es sei auch schwer vorstellbar, wie so ein Moratorium denn umgesetzt werden könne. Auf historische Fälle von Aktenvernichtung verwies die CDU und befand, dass es berechtigte Zweifel am Auskunftswillen der Landesregierung gebe. DIE LINKE verwehrt sich gegen Unterstellungen, die ein rechtswidriges Handeln suggerierten. Der Antrag sei „ein grundsätzlicher Misstrauensantrag ins Blaue hinein“. Die FDP hingegen konnte die Absicht der Drucksache nachvollziehen. Sie sei „als mahnende Ergänzung“ interpretierbar, da sich in der Zwischenzeit einiges Misstrauen aufgebaut habe. Der Antrag habe sehr wohl aufgebautes Vertrauen zerstört, zeigte sich die SPD enttäuscht. Denn die interfraktionellen Gespräche der letzten Wochen verliefen konstruktiv. Die jetzigen Unterstellungen des Antrages stellten diese Resultate infrage. Es bestünden keine Zweifel: Die Akten seien sicher, sie seien auch vollständig.

Mit der Ablehnung von SPD und DIE LINKE, Enthaltung der AfD und Zustimmung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP wurde der Antrag abgewiesen.

Antrag SPD und DIE LINKE

Drucksache 8/678

Beschluss: Annahme der Ziffern 1 bis 3 des

Änderungsantrages auf Drucksache 8/688

Annahme der Ziffern 1 bis 7 des geän-

dernten Antrages Drucksache 8/678

Ablehnung der Ziffern 1 bis 3 des Än-

derungsantrages auf Drucksache 8/691

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 8/656

Beschluss: Ablehnung des Antrages

Meldungen

Strengere Regel bei Seitenwechsel

■ Seit Juni 2021 ist für Landesministerinnen oder Minister geregelt, dass nach dem Ausscheiden aus dem Öffentlichen Dienst eine Wartezeit einzuhalten ist, bevor in der freien Wirtschaft ein neuer Job angenommen wird. Seitdem gilt für ehemalige Ministerinnen und Minister sowie Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten eine 12-monatige Frist. Sie erhalten dann Übergangsgeld. Eine wirtschaftliche Tätigkeit bereits in dieser Übergangszeit bedarf der offiziellen Prüfung.

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollte mit ihrem Gesetzentwurf auf eine 18-monatige Karenzzeit hinarbeiten. Es ginge in erster Linie um die Vermeidung des sogenannten „Dreh-tür-Effekts“, wo ein schneller Wechsel aus der Politik oder dem Öffentlichen Dienst in die Wirtschaft Interessenkonflikte verursache, begründete Constanze Oehlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die Initiative zur Gesetzesanpassung. Es sei klar, dass Staatsbedienstete immer ihr Netzwerk und Insider-Wissen mitnähmen. Oft würden sie als Lobbyisten angeheuert. Es dürfe auf keinen Fall der Eindruck erweckt werden, Demokratie sei käuflich.

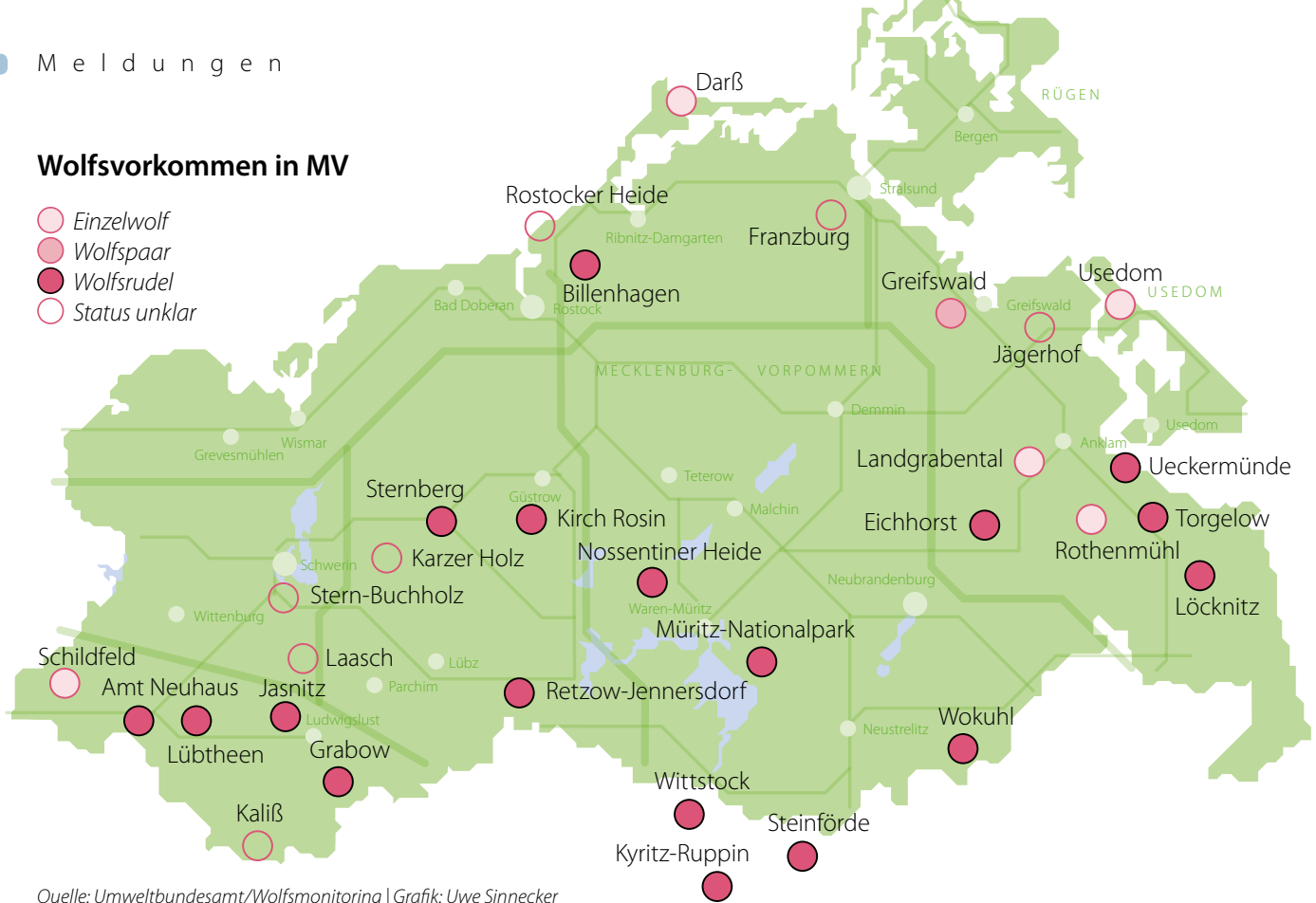
SPD und DIE LINKE folgten weitgehend der Argumentation von Innenminister Christian Pegel (SPD), der in Frage stellte, was eine sechs Monate längere Frist bewirken könne. Daher plädierte der Minister dafür, zunächst praktische Erfahrungen mit der Aktualisierung vom Juni 2021 zu sammeln. Die FDP hielt eine Überweisung in den Rechts- und Finanzausschuss zur Diskussion rechtlicher Details für angebracht. Diese Ansicht teilten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und AfD. Dennoch wurde die Überweisung in die Ausschüsse mit den Stimmen von SPD und DIE LINKE abgelehnt. Der Gesetzentwurf wird spätestens in drei Monaten zur Zweiten Lesung wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Gesetzentwurf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/536

Beschluss: Ablehnung der Überweisung

Wolfsvorkommen in MV

- Einzelwolf
- Wolfspaar
- Wolfsrudel
- Status unklar



Quelle: Umweltbundesamt/Wolfsmonitoring | Grafik: Uwe Sinnecker

Wolfsmanagement in MV

Der Wolf ist zurück in MV und hat sich dank eines europaweiten Schutzstatus schnell und großflächig vermehrt. Was für Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus ein „artenschutzrechtlicher Erfolg“ ist, bereitet Nutzviehhaltern Sorgen und macht Waldspaziergängern Angst. Darum schlug die FDP vor, unter gewissen Umständen das Erlegen oder Vertreiben von Problem-Wölfen zu erlauben. Gegenwärtig gilt in MV der vom Landwirtschaftsministerium in Zusammenarbeit mit allen Interessenverbänden erarbeitete Wolfsmanagementplan. Er ist Leitfaden für den Umgang mit dem Raubtier und soll Nutztierhaltung und Artenschutz in Einklang bringen. So sind Kompensationszahlungen vorgesehen, wenn Weidetiere von Wölfen gerissen wurden. Das reichte der FDP nicht. Denn das Konfliktpotential Wolf-Tierhalter würde steigen, begründete Sandy van Baal (FDP) den Antrag. Langfristig würde man nicht um die Aufnahme des Wolfes ins Jagdrecht herumkommen. Schon heute bräuchte es klare Vorschriften für das rechtskonforme Erlegen und Vergrämen von Wölfen. Der Antrag liefere dafür die inhaltliche Gestaltung.

Dr. Backhaus entgegnete, dass die „Entnahme“ über das Artenschutzgesetz oder das Ordnungsrecht durchaus möglich sei. Doch die Opposition verwies auf die Probleme durch die steigende Wolfspopulation. So sollte wenigstens eine Obergrenze für die Anzahl der Tiere definiert werden, empfahl die AfD. Die CDU pochte darauf, den Erhaltungszustand realistisch einzuschätzen und beantragte die Überweisung für die weitere Diskussion im Ausschuss. DIE LINKE setzte darauf, mit dem Wolf leben zu lernen. Rechtswidrigen Aktionen könne nicht zugestimmt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sah Handlungsbedarf, aber appellierte daran, „beides zusammen [zu] denken“: Weidetierhaltung und den Schutz des Wolfes. Sowohl die Überweisung als auch der Antrag wurden mit den Stimmen von SPD und DIE LINKE bei sonstiger Zustimmung abgelehnt.

Antrag FDP
Drucksache 8/653
Beschluss:
Überweisung abgelehnt
Antrag abgelehnt

Priorität für Pädiatrie!

Jeder möchte die Jüngsten behütet und gesund aufwachsen sehen. Darum machte sich die CDU um die medizinische Versorgung von Schwangeren und Kindern Gedanken. Fakt sei: kleinere Standorte im Land mussten schon Geburtsstationen schließen. Crivitz, Bergen, Parchim, Stralsund, Wolgast seien Beispiele für eine Unterversorgung im pädiatrischen, gynäkologischen oder geburtshilflichen Bereich. Auch die Kindermedizin in Rostock stehe vor Herausforderungen. Für die Fehlentwicklungen seien der Fachkräftemangel bei Ärzten und Hebammen und offene Finanzierungsfragen verantwortlich, erklärte Katy Hoffmeister (CDU) den Antrag ihrer Fraktion. Die Enquete-Kommission „Zukunft der medizinischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern“ habe hierzu Handlungsempfehlungen gegeben, wofür die neue Regierungskommission die konkrete Umsetzung ausarbeiten soll. Nun drängte die CDU, als erste Themen Geburtshilfe, Gynäkologie und Kindermedizin anzugehen. MV brauche umgehend ein Gesamtmanagement mit sektorenübergreifenden Konzepten, erweiterten Studienangeboten für Hebammen, Geburtshaus-An-

geboten in Gesundheitszentren und entsprechenden Transportmöglichkeiten.

Wissenschaftsministerin Bettina Martin (SPD) bestätigte die Dringlichkeit des Themas und, dass Pädiatrie oberste Priorität habe. Sie rechne auch mit finanzieller Unterstützung vom Bund. Dies bleibe abzuwarten. Diesen Antrag kann man nur unterstützen, stimmte die AfD zu. Das Thema sei dringend, aber DIE LINKE verwahrte sich gegen Aktionismus und lehnte den Antrag ab. Eine Ablehnung sei vielleicht voreilig, mahnte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und stellte Antrag auf Überweisung in den Sozialausschuss. Es müssen neue Konzepte auf den Weg gebracht werden, und zwar schnell, war die Auffassung der FDP. Das Anliegen lehne die SPD nicht ab, aber des Antrages bedarf es nicht, denn es werde am Thema gearbeitet.

Antrag CDU, Drucksache 8/659

*Beschluss: Ablehnung der Überweisung
Ablehnung der Drucksache*

Landespersonalbericht für strategische Planung

■ Der Fachkräftemangel macht auch vor der Landesverwaltung keinen Halt. Sie muss aktiv auf die begonnene Pensionierungswelle reagieren und strategische Ansätze für die Personalpolitik entwickeln. Ein erster Schritt könnte sein, sich mit einem zweijährlichen Landespersonalbericht, einen Überblick über Personalbestand und -struktur sowie Landespersonalpolitik zu verschaffen. Das wollte die AfD anregen. Zum einen ginge es darum, Statistiken transparent offenzulegen und Probleme des Landespersonals zu adressieren. So könne eine Nachhaltigkeitsdebatte zum Personalbestand angeregt werden, begründete Martin Schmidt (AfD) den Vorstoß seiner Fraktion. Erfasst werden könnten klassische demografische Daten, aber auch Methoden der Personalführung und der Grad der IT-Kenntnisse der Mitarbeiter oder der IT-Ausstattung in der Verwaltung.

Andererseits habe die AfD auch Kosteneinsparungen im Sinn. Es gäbe häufig kleine Anfragen zur Personalpolitik, die mühselig bearbeitet würden und trotzdem kein Gesamtbild ergeben. Ein Übersichtsreport könne hier Abhilfe schaffen und einen Beitrag zur strate-

gischen Ausrichtung der Personalpolitik leisten.

Finanzminister Dr. Heiko Geue bestätigte die Wichtigkeit der Berichterstattung für die Personalplanung. Darum arbeite die Regierung an einem jährlichen Bericht. Der erste wird zum Jahresende vorliegen.

CDU und FDP waren sich nicht über den Erkenntnisgewinn des Antrages sicher. Wichtiger seien Analysen und ein Wegweiser, wohin man wolle. Sie lehnten den Antrag ab. Ähnlich hielt es DIE LINKE. Zudem seien viele Daten bereits veröffentlicht. Personalentwicklung sei ein stetiger, langfristiger Prozess, bestätigte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Aber dieser Antrag sei „zu statisch“. „Unnötig“ urteilte die SPD und verwies auf den Landespersonalbericht, der in Arbeit sei. Zum Abschluss der Debatte zeigte sich die AfD zufrieden damit, dass der Antrag ja faktisch schon umgesetzt würde.

Antrag AfD

Drucksache 8/647

Beschluss: Ablehnung

Rettung für den Dorfkrug

■ So wie es früher war – der Dorfkrug soll als generationsübergreifender, sozialer Treffpunkt der Dorfgemeinschaft erhalten bleiben. Hierzu sendeten die Koalitionsfraktionen „ein Signal“, und

ELER

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU basiert auf den beiden Säulen Direktförderung der Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER). Dabei steht die Abkürzung „ELER“ auch für „Europa: Lebenswert. Effektiv. Regional.“

Im Jahr 2014 haben die Bundesländer ihre ELER-Entwicklungsprogramme bei der Europäischen Kommission eingereicht und genehmigt bekommen. Kern des ELER-Konzeptes für MV ist die demografische Entwicklung und die Daseinsfürsorge in den ländlichen Regionen. Es geht um neue Ideen für das Leben in der Dorfgemeinschaft sowie um innovative Projekte oder Unternehmensgründungen und -entwicklungen für eine bessere Infrastruktur und mehr Dienstleistungen für alle Generationen.

zwar in Form eines Antrages zur Unterstützung kleiner Gastronomiebetriebe auf dem Lande. Der Rückgang der Gastronomie im ländlichen Raum sei ein bundesweites Problem, wiege im strukturschwachen Nordosten aber besonders schwer, erklärte Henning Foerster (DIE LINKE) in der Antragsbegründung: Erst wenn das letzte Wirtshaus im Dorf schließe, werde der Verlust dessen, wofür man nie bezahlt habe, deutlich. Darum sei das Thema Dorfgastronomie im Koalitionsvertrag verankert und mit einem finanziellen Beitrag untermauert worden. Hinzu könnten Mittel aus dem ELER-Programm der EU kommen. Darüber sollten die Dorfwirte verstärkt informiert werden.

Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus (SPD) schwebten moderne „Quernutzungen“ von Kita, Bioläden, Frisör, Werkstatt vor. Da passe der Änderungsantrag der FDP zur Berücksichtigung der Kultur rein.

Der Opposition erschien der Antrag nicht ausgefeilt genug. Die AfD vermutete eine versteckte Förderung gemeinnütziger Trägervereine. Das lehne sie ab.

Auch der CDU war nicht deutlich genug, dass es wirklich um Gasthöfe ginge. Sowohl CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fragten, warum ein Förderprogramm der Regierung einen Prüfauftrag vom Landtag bräuchte. Es ginge um das Ankurbeln von Investitionen, unterstrich die SPD. Für die FDP-Fraktion sei die Gastronomie ein Teil des breiten Spektrums des sozialen Lebens im ländlichen Raum. Ihr Änderungsantrag wollte auch die Kulturschaffenden einbeziehen.

Während der Änderungsantrag bei Zustimmung der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht genug Stimmen fand, wurde die Drucksache bei Enthaltung der CDU und FDP, aber mit Zustimmung von SPD und DIE LINKE, angenommen.

Änderungsantrag FDP

Drucksache 8/690

Beschluss: Ablehnung

Antrag DIE LINKE, SPD

Drucksache 8/650

Beschluss: Zustimmung

Laufende Gesetzgebung

Stand: 31.05.2022

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/404	DIE LINKE, SPD	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Feiertagesgesetzes Mecklenburg-Vorpommern	Rechtsausschuss	1. Lesung: 09.03.2022 in Beratung
8/410	FDP	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Ladenöffnungsgesetz – LöffG M-V)	-	1. Lesung: 09.03.2022 Ablehnung der Überweisung
8/536	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Ministerinnen und Minister des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landesministergesetz – LMinG)	-	1. Lesung: 18.05.2022 Ablehnung der Überweisung
8/599	LReg.	Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2022/2023	Finanzausschuss	1. Lesung: 25.04.2022 in Beratung
8/600	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2022/2023 (Haushaltsgesetz 2022/2023)	Finanzausschuss	1. Lesung: 25.04.2022 in Beratung
8/610	LReg.	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes	Bildungsausschuss	1. Lesung: 25.04.2022 in Beratung
8/622	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Pflegeberufereform im Land Mecklenburg-Vorpommern	Sozialausschuss	1. Lesung: 18.05.2022 in Beratung
8/643	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über die Entsorgung von Schiffsabfällen und Ladungsrückständen im Land Mecklenburg-Vorpommern (Schiffsabfallentsorgungsgesetz – SchAbfEntG M-V)	Agrarausschuss	1. Lesung: 18.05.2022 in Beratung

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 18. Mai 2022 entschieden | Stand: 31.05.2022

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/507	Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Zweiter Medienänderungsstaatsvertrag)	LReg.	1. Lesung: 05.04.2022 2. Lesung: 18.05.2022	Annahme
8/528	Entwurf eines Gesetzes zur Festsetzung des gewerbesteuerlichen Hebesatzes in gemeindefreien Gebieten des Landes Mecklenburg-Vorpommern und zur Aufhebung der Landesverordnung zur Bestimmung der gewerbesteuerlichen Heheberechtigung in gemeindefreien Hoheitsgebieten des Landes Mecklenburg-Vorpommern	LReg.	1. Lesung: 05.04.2022 2. Lesung: 18.05.2022	Annahme



Foto: Landtag MV

v.l.n.r.: Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Ann Christin von Allwörden (CDU), Michael Noetzel (DIE LINKE), Ralf Mucha (SPD), Philipp da Cunha (SPD), Dagmar Kaselitz (SPD), Bernd Lange (SPD), David Wulff (FDP), Jan-Phillip Tadsen (AfD), Jens-Holger Schneider (AfD)

Innenausschuss besucht Erfassungsstelle des Landes

Abgeordnete informieren sich in Schwerin-Görries über Ablauf der Registrierung ukrainischer Kriegsflüchtlinge in Schwerin-Görries

■ In seiner 10. Sitzung am 2. Mai 2022 besuchte der Ausschuss für Inneres, Bau und Digitalisierung die zentrale Erfassungsstelle des Landes für ukrainische Kriegsflüchtlinge in Schwerin-Görries und informierte sich über die örtlichen Gegebenheiten und den Ablauf der Erfassungen und Registrierungen.

Die Erfassungsstelle habe am 4. April 2022 ihre Arbeit aufgenommen und gewährleiste als Unterstützung der Landkreise und kreisfreien Städte eine Erfassung der Menschen in das ausländische System. Dies sei eine Voraussetzung für den Erhalt des Aufenthaltstitels nach § 24 Aufenthaltsgesetz.

Der Transfer der Kriegsflüchtlinge aus den Gemeinden und Städten im Land nach Schwerin-Görries werde durch den Landeskrisenstab zusammen mit den Landkreisen und kreisfreien Städten organisiert. Es kämen täglich zwei Busse an. Den angereisten Menschen stehe in einer Halle ein Aufenthaltsbereich mit Spielgelegenheiten für die Kinder zur Verfügung. Zudem würden Getränke und Speisen gereicht. Von der Aufenthaltshalle würden immer fünf bis sechs Personen gruppenweise in das Registrierungsgebäude gebracht. Dort seien parallel sechs Personalisierungs- und Erfassungskomponenten eingerichtet worden, mit denen täglich bis zu 100 Personen registriert würden. Dabei

würden die Daten erfasst, Fotos gefertigt und Fingerabdrücke genommen. Die Erfassung dauere pro Person etwa eine halbe Stunde. Als Ergebnis werde eine vorläufige Fiktionsbescheinigung ausgestellt, mit welcher bei der örtlich zuständigen Ausländerbehörde ein Antrag auf Aufenthaltserlaubnis gestellt werden könne. Die jeweilige Ausländerbehörde stelle dann die endgültige Fiktionsbescheinigung aus. Sofern nicht alle angereisten Personen am selben Tag erfasst werden könnten, bestehe die Möglichkeit einer Übernachtung vor Ort für bis zu 200 Personen. Die Menschen aus der Ukraine erhielten den Status „Kriegsflüchtlinge“, was rechtlich anders zu beurteilen sei als Asyl.

Fotos: Uwe Sinnecker



v.l.n.r.: Barbara Becker-Hornickel (FDP), Petra Federau (AfD), Daniel Peters (CDU), Thomas de Jesus Fernandes (Ausschussvorsitzender, AfD), Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Landtagspräsidentin Birgit Hesse, Bernd Lange (SPD), Torsten Koplín (stellv. Vorsitzender, DIE LINKE), Mandy Pfeiffer (SPD), Tilo Gundlack (SPD), Beatrix Hegenkötter (SPD)



Vorsitzender: Thomas de Jesus Fernandes (AfD)

Vorsitzender: Thomas de Jesus Fernandes (AfD)
Stellv. Vorsitzender: Torsten Koplín (DIE LINKE)

	ordentliche Mitglieder:	stellvertretende Mitglieder:
SPD	Gundlack, Tilo Hegenkötter, Beatrix Lange, Bernd Pfeifer, Mandy	Albrecht, Rainer Brade, Christian Klingohr, Christine Stamer, Dirk
AfD	de Jesus Fernandes, Thomas	Federau, Petra
CDU	Peters, Daniel	Renz, Torsten
DIE LINKE	Koplín, Torsten	Pulz-Debler, Steffi
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Dr. Terpe, Harald	Shepley, Anne Oehrich, Constanze Wegner, Jutta Damm, Hannes
FDP	Becker-Hornickel, Barbara	Enseleit, Sabine

2. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss konstituiert

■ **Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (PUA) zur Klärung von Vorgängen vor allem im Bereich des Bildungsministeriums zu Fragen der medizinischen Versorgung, insbesondere im Verantwortungsbereich der Universitätsklinik**

Der 2. Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Klärung von Vorgängen vor allem im Bereich des Bildungsminis-

teriums zu Fragen der medizinischen Versorgung, insbesondere im Verantwortungsbereich der Universitätsklinik, beleuchtet das Verhalten der Landesregierung im Umgang mit den Universitätsklinik Greifswald und Rostock, ihrer sachlichen und personellen Ausstattung, ihrer Organisationsstrukturen und der baulichen Planung hinsichtlich der Gewährleistung des Versorgungsauftrages als Maximalversorger der medizi-

nischen Versorgung sowie der Aus- und Weiterbildung ihres medizinischen Fachpersonals und prüft die Verwendung von Landesmitteln sowie die Wahrnehmung der Pflichten des Aufsichtsrates. Dem Untersuchungsausschuss ist aufgegeben, auf Grundlage seiner Erkenntnisse Empfehlungen zur sachlichen, personellen, organisatorischen und baulichen Strukturentwicklung zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Universitätsmedizin des Landes Mecklenburg-Vorpommern vorzulegen und möglichen gesetzgeberischen Handlungsbedarf aufzuzeigen.



v.l.n.r.: Michael Meister (AfD), René Domke (FDP), Sebastian Ehlers (Ausschussvorsitzender, CDU), Thomas Krüger (SPD), Julian Barlen (SPD), Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Philipp da Cunha (stellv. Vorsitzender, SPD), Michael Noetzel (DIE LINKE), Tilo Gundlack (SPD), 2. Vizepräsidentin des Landtages Elke-Annette Schmidt

Vorsitzender: Sebastian Ehlers CDU
Stellv. Vorsitzender: Philipp da Cunha SPD

	ordentliche Mitglieder:	stellvertretende Mitglieder:
SPD	Barlen, Julian da Cunha, Philipp Gundlack, Tilo Krüger, Thomas	Beitz, Falko Julitz, Nadine Tegtmeier, Martina Winter, Christian
AfD	Meister, Michael	Kramer, Nikolaus
CDU	Ehlers, Sebastian	Schlupp, Beate
DIE LINKE	Ehlers, Sebastian	Koplin, Torsten
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Damm, Hannes	Oehlich, Constanze Shepley, Anne Dr. Terpe Harald Wegner, Jutta
FDP	Domke, René	van Baal, Sandy



Vorsitzender: Sebastian Ehlers CDU

3. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss konstituiert

■ Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Stiftung Klima- und Umweltschutz MV

Mit dem „Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Klärung von Vorgängen und Entscheidungen rund um die ‚Stiftung des Landes Mecklenburg-Vorpommern für Klimaschutz und Bewahrung der Natur – Stiftung Klima- und Umweltschutz MV‘, insbesondere im Hinblick auf die Fertigstellung der Pipeline Nord Stream 2“ wurde der dritte PUA der 8. Wahlperiode konstituiert. Die 2. Vizepräsidentin des Landtages,

Elke-Annette Schmidt, eröffnete die erste Sitzung des Gremiums im Plenarsaal und übergab dann die Sitzungsleitung an den Ausschussvorsitzenden Sebastian Ehlers von der CDU-Fraktion.

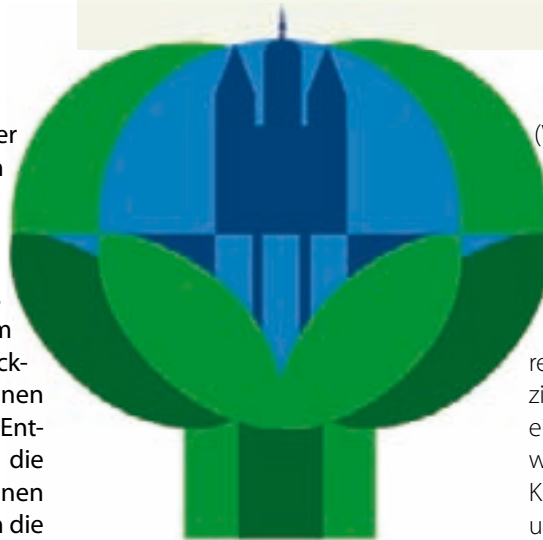
Umweltpreis 2022/2023

Bewerbungsfrist
startet

■ Vom 1. Juli bis 31. Dezember 2022 läuft die Frist, um sich für den Umweltpreis sowie den Jugendumweltpreis 2022/2023 des Landtages MV zum Gedenken an Ernst Boll zu bewerben. Der Preis soll herausragende Initiativen zum Umwelt- und Naturschutz in Mecklenburg-Vorpommern auszeichnen und würdigen, zur innovativen Entwicklung des Landes beitragen, die weitere Arbeit der Preisträgerinnen und Preisträger fördern und durch die Bekanntmachung ihrer Projekte, Leistungen und Initiativen zur umweltpolitischen Bewusstseinsbildung im Land beitragen. Der Preis wird für die Kategorien „Umweltpreis“ und „Jugendumweltpreis“ ausgelobt und ist mit 15.000 bzw. 10.000 Euro dotiert. In jeder Kategorie können bis zu drei Projekte prämiert werden.

Das Thema des inzwischen 18. Zyklus der Preisverleihung lautet: „Strategien für nachhaltiges Handeln – Für einen schonenden Umgang mit Ressourcen“. Zum Ausschreibungsthema führt die Vorsitzende des Agrarausschusses, Dr. Sylva Rahm-Präger, aus, dass nach mittlerweile mehr als 50 Jahren weltweiter Klimaschutz-, Umweltschutz- und Nachhaltigkeitsdiskussionen mit mehr oder weniger großem Erfolg Nachhaltigkeitsfragen und der Ressourcenschutz immer mehr in den Blickpunkt rücken. Die Notwendigkeit für zukunftsweisende Maßnahmen drängt sich überall auf. „Wir alle stehen heute vor der Beantwortung der zentralen Frage, wie wir die Bedürfnisse der Menschen heute und morgen befriedigen wollen und können, ohne die Zukunftschancen nachfolgender Generationen noch weiter einzuschränken. Seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahr 1992 sind zwar Leitbilder für eine dauerhaft tragfähige Entwicklung weltweit anerkannt, je-

„Strategien für nachhaltiges Handeln – Für einen schonenden Umgang mit Ressourcen“.



**U M W E L T
P R E I S**

DES LANDTAGES
MECKLENBURG-
VORPOMMERN
ZUM GEDENKEN
AN ERNST BOLL

doch werden die Wege zum Erreichen der Ziele zwischen und in den einzelnen Staaten kontrovers diskutiert.“, so Dr. Sylva Rahm-Präger.

Vor diesem Hintergrund befasst sich der Landtag regelmäßig mit umwelt- und klimarelevanten Themen in seinen Fachausschüssen. Immer wieder hat sich gezeigt, dass der Ressourcenschutz ein Hauptaugenmerk der Menschen sein muss. Denn ohne sauberes Wasser, saubere Luft, unbelasteten und unbeeinträchtigten Boden können wir unseren Kindern und Enkeln keine intakte Umwelt und Natur überlassen. Wachstum ist in erster Linie nicht quantitativ zu bewerten, sondern muss höheren qualitativen und nachhaltigen Ansprüchen genügen. Deshalb müssen wir im Kleinen anfangen, bevor wir uns an das Große wagen.

Die Ausschreibung richtet sich an Kinder und Jugendliche sowie an Einzelpersonen oder Personengruppen

(Verbände, juristische Personen, Körperschaften, Unternehmen, wissenschaftliche Einrichtungen). Mit der unterschiedlichen Bewertung dieser Zielgruppen soll einerseits den jeweiligen Möglichkeiten der Bewerber Rechnung getragen werden, andererseits sollen Kinder und Jugendliche zielgerichtet dabei unterstützt werden, einen Beitrag zum Natur-, Umwelt- sowie zum Ressourcenschutz zu leisten. Kindergartenkinder sowie Schülerinnen und Schüler von heute sind diejenigen, die „morgen“ die Verantwortung für die Gesellschaft und deren Lebensbedingungen tragen werden.

Voraussetzung für eine Teilnahme am Auswahlverfahren der Jury, die vom Agrarausschuss des Landtages gebildet wird, ist die Einreichung der Bewerbungsunterlagen im Rahmen der Ausschreibung. Teilnahmeberechtigt sind Einzelpersonen, Gruppen, Verbände und juristische Personen. Die Projekte, Leistungen oder Initiativen müssen einen ausschreibungs- sowie landesbezogenen Charakter haben, dürfen noch nicht anderweitig prämiert sein.

In der Ausschreibungsbroschüre finden Sie/findet ihr alle notwendigen Hinweise und Erläuterungen zum Ausschreibungs- und Bewerbungsverfahren. Bitte beteiligen Sie sich oder beteiligt euch an unserem Wettbewerb und senden Sie oder sendet den Bewerbungsbogen sowie eine Projektdarstellung bis zum 31. Dezember 2022 (Datum des Poststempels) an folgende Anschrift oder E-Mailadresse (Dateiumfang nicht mehr als 5 MB):

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Geschäftsstelle des Umweltpreises -
Schloss Schwerin
Lennéstraße 1
19053 Schwerin

E-Mail: pa6mail@landtag-mv.de



Schirmherrschaft:
Präsidentin des Landtages
Mecklenburg-Vorpommern
Birgit Hesse

AUFGESCHLOSSEN

EINE BÜHNE IN MV

29. Juli bis 04. September

SCHLOSSINNENHOF

29
JUL

**Alexander Scheer
Andreas Dresen & Band**
singen (nicht nur) Gundermann

10
AUG

Heinz Rudolf Kunze
Werdegang – eine musikalische
Lesung

21
AUG

Blue Light
Konzertabend
(Rock/ Pop/ Schlager)

30
JUL

Bosse
Sunnyside Akustik

11
AUG

Jazzkombüse

26
AUG

Witz vom Olli
Obacht – frisch gestrichen

31
JUL

Olli Schulz & Band
Live 2022

12
AUG

Cutting Crew
35th Anniversary

27
AUG

Wladimir Kaminer
Das Beste aus der Corona Trilogie

03
AUG

**Diana Salow &
Sweet Vanilla**
Musikalische Krimilesung

13
AUG

17 HIPPIES
Live 2022

28
AUG

**Uschi Brüning & das
Günther Fischer Quintett**
Das Comeback

04
AUG

**Auf dem Weg
zum Weltkulturerbe**
Residenzensemble Schwerin

14
AUG

Angelo Kelly & Family
Irish Summer 2022

29
AUG

**Filmkunstfest –
Fanfare Ciocărlia**

05
AUG

Mutabor
30 Jahre

17
AUG

Consortium Vivente

30
AUG

Filmkunstfest

06
AUG

Bad Penny & Friends

19
AUG

Hendrik Bolz
Nullerjahre

bis
04
SEP

Best of Poetry Slam
Kampf der Künste



TERMIN- UND TICKETINFOS

eventim.de · landtag-mv.de · bluelight-liveband.de
dianasalow.de · filmkunstfest-mv.de



Den wunderschönen Burggarten, gute Musik und einen lauen Sommerabend – mehr braucht es nicht für gelungene Gespräche beim Sommerfest des Landtages. Nach zweijähriger Pause konnte Landtagspräsidentin Birgit Hesse am 29. Juni erstmals wieder das Fest eröffnen. Etwa 500 geladene Gäste aus Sport, Wirtschaft, Politik und Verwaltung folgten der Einladung nach Schwerin. Ein Abend inklusive einiger Aktionen für den guten Zweck, unter anderem für die Landesaktion „WIR – Erfolg braucht Vielfalt“ und die Tafeln im Land.

Wie es sich für zwei ordentliche Göttinnen gehört, ging es für Juno und Ceres am 22. Juni hoch hinaus. Mit einer gekonnten Kranfahrt wurden die beiden Skulpturen weit oben auf einer Brüstung am Burgseeflügel platziert. Eine Arbeitsgemeinschaft verschiedener Gewerke in Berlin hatte die römischen Göttinnen nach historischem Vorbild nachgebildet. Damit kein Wind sie vom Sockel bläst, haben gleich mehrere Herren die himmlischen Damen an ihrem neuen Standort sicher befestigt.

In der römischen Mythologie galt Ceres als Göttin der Fruchtbarkeit und des Ackerbaus, Juno war als Gattin Jupiters die Königin der Göttinnen und „zuständig“ für Ehe und Geburt. Vom Schweriner Schloss aus blicken beide nun über den Burgsee in Richtung Innenstadt.

Blumenranken, Wasserfälle, Flammen – die Lightshow „Son et Lumière“ hat das Schloss am 17. und 18. Juni spektakulär in Szene gesetzt (Titelbild). Dies war ein gelungener Auftakt für das historische Schlossfest am Samstag, den 18. Juni, und den Tag des offenen Landtages am 19. Juni. Mehr dazu im nächsten Heft.

